

19.-20. November 2016

...LASST UNS REDEN!

Konferenz zu linksradikaler Strategie
und Organisation in Münster



READER

mit Diskussionspapieren und
Gruppenvorstellungen

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG..... Seite 4

WER WIR SIND..... Seite 5

**WARUM WIR REDEN
WOLLEN**..... Seite 6

Vorbereitungsgruppe der Konferenz

**BEITRAG FÜR DIE
STRATEGIEKONFERENZ**..... Seite 9

münster alternativ

**7 THESEN ZUR
ALTERNATIVE FÜR
DEUTSCHLAND**..... Seite 11

Antifaschistische Linke Münster

RÄUME..... Seite 15

Emanzipatorische Antifa Münster

**DIE "OHNMACHT" DER
RADIKALEN LINKEN**..... Seite 16

Florian Braksiek

FÜR FEMINISMUS..... Seite 25

Alexander Klaws

LASST UNS HANDELN!..... Seite 30

Interventionistische Linke Münster

**WER WIR SIND UND
WAS WIR WOLLEN**..... Seite 32

FAU Münsterland

WIR MÜSSEN REDEN..... Seite 34

Komitee für eine revolutionäre Perspektive

EINLEITUNG

Während unserer Vorbereitungen auf die Konferenz sind durch wir Genoss*innen auf einen Reader gestoßen, der 2002 für den Kongreß zu linksradikalen Perspektiven in Münster veröffentlicht wurde (diesen könnt ihr auch online auf dem Konferenz-Blog finden). Wir waren verblüfft darüber, dass wir vorher nicht von diesem Kongreß gewusst hatten, der doch von der Idee her sehr ähnlich zu unserer Idee einer Strategiekonferenz war. Der Reader von 2002 bestand aus Gruppenvorstellungen und Diskussionspapieren und wieder waren wir verblüfft wie die Fragen und Konfliktpunkte von damals so ähnlich zu denen von heute sind: (fehlende) selbstverwaltete Räume, wie aus der Isoliertheit der radikalen Linken ausbrechen?, direkte Aktionen vs. symbolische Aktionen....

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits den "call for papers" für die Strategie-Konferenz veröffentlicht und wurden nun noch einmal darin bestärkt, dass es sich lohnen würde, die Mühen eines Readers auf uns zu nehmen. Durch die Verschriftlichung von Standpunkten wird es möglich Debatten für viele zugänglich auszutragen, aufeinander aufzubauen und auch nachhaltig Argumente nachvollziehbar zu machen – sogar noch 14 Jahre später. Auch wenn gleichzeitig die Frage aufkommt wie wir es schaffen können, dass Diskussionen auch über Generationen hinweg weitergetragen werden. Sicherlich können wir uns nicht auf das Verfassen von Texten beschränken und müssen vor allem nach einer gemeinsamen Praxis suchen. Aber die hier gesammelten Diskussionspapiere können ein Ausgangspunkt für Diskussionen, Reflektionen und Debatten über revolutionäre Organisation und Strategien sein, aus denen eine gemeinsame Praxis erwächst.

Umso mehr freuen wir uns, dass es tatsächlich geklappt hat und er nun endlich da ist: der Reader zu der „lasst uns reden“-Konferenz 2016. Wir freuen uns über die Beiträge!

WER WIR SIND

Wir möchten auf den Wunsch eingehen, der an uns herangetragen wurde und kurz darstellen, wer die Menschen sind, die die Strategiekonferenz vorbereiten:

Wir sind ein Zusammenschluss einzelner Menschen aus verschiedenen Gruppen und Projekten, die der Wunsch eint, dass sich etwas an der aktuellen linken radikalen Politik in Münster und darüber hinaus ändert. Wir machen Politik auf unterschiedlichste Art und Weise in den Bereichen Antirassismus, Antifaschismus, Antikapitalismus, Klima und Anti-Kohle sowie Feminismus. Wir mögen strategische Diskussionen genauso wie künstlerische Interventionen.

Die Vorbereitungsgruppe hat sich im Frühjahr dieses Jahres gegründet. Wir sind inspiriert vom Text „...wir müssen reden“, der im Sommer 2015 veröffentlicht wurde, sowie von allen anderen Texten, die ihr in den Leseempfehlungen findet. Anstöße für unsere Diskussionen haben uns auch die Strategiekonferenz der Interventionistischen Linken, das Rebellische Zusammentreffen und das Klimacamp gegeben. Wir treffen uns zur Zeit wöchentlich, um die Lasst uns reden-Konferenz vorzubereiten.

Uns ist es wichtig, genauso wie alle anderen, an der Konferenz teilnehmen zu können. Wir wollen keine exklusive Gruppe sein, die die Antworten auf die drängenden Fragen schon parat hat, sondern wir wollen sie mit euch gemeinsam entwickeln.

WARUM WIR REDEN WOLLEN!

Der Vorbereitungsprozess für die Strategiekonferenz dauerte über ein halbes Jahr. Vielleicht fragten sich einige – und auch wir fragten uns das manchmal – was denn da alles vorzubereiten sei. Wir waren eine lose Gruppe von Menschen, die alle irgendwie der Meinung waren, dass es sinnvoll sei eine Konferenz zu machen, auf der eine Diskussion über linksradikale Politik in Münster stattfinden würde. Wir formten nicht (zumindest nicht konkret) den Masterplan für die Revolution, die nach der Konferenz losgehen sollte. Vielmehr führten wir viele Diskussionen, versuchten die Differenzen und Gemeinsamkeiten untereinander offenzulegen und unsere konkreten Ziele zu formulieren. So wurde es von Monat zu Monat klarer, worum es uns eigentlich geht und warum wir den Prozess eines solchen Zusammenkommens angestoßen haben. Wir lernten in den Diskussionen miteinander und mit vielen der Menschen, die uns umgeben, einige neue Standpunkte kennen und schätzen. Diese möchten wir gerne mit diesem Text mit euch teilen und weitere Auseinandersetzungen mit den Themen anregen.

Wir haben die Konferenz „lasst uns reden...“ genannt, da es genau darum gehen soll: miteinander ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam revolutionäre Perspektiven zu formen. Dazu gehört, dass wir darüber sprechen und reflektieren, wie wir miteinander umgehen und was unser Umgang miteinander mit gesellschaftlicher Veränderung zu tun hat.

ARBEIT IN KLEINGRUPPEN UND GEGENSEITIGE ABGRENZUNG

Oft beobachten wir, was auch im Text "...wir müssen reden." analysiert wurde:

"Anstatt Kämpfe zu führen, die die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse zum Ziel haben, arbeitet die radikale Linke dieser Stadt in Kleingruppen mit eigenen Themenschwerpunkten. Die Kämpfe in dem jeweiligen Themengebiet werden jedoch selten als gemeinsame Kämpfe gegen die bestehenden Gesamtverhältnisse praktiziert und finden daher oft isoliert voneinander statt. Dies hat zur Folge, dass unterschiedliche Strukturen meist nicht gemeinsam handeln, sondern weiterhin in kleinen Gruppen arbeiten, die größtenteils kaum handlungsfähig sind."

Und wir beobachten ebenfalls – auch bei uns selbst – dass diese Arbeit in Kleingruppen beinhaltet, sich durch bestimmte Standpunkte, Sprache oder Codes (Habitus)

voneinander abzugrenzen, sich gegenseitig nicht (oder nur teilweise) anzuerkennen und als Genoss*innen zu sehen.

AUSEINANDERSETZUNGEN AUF AUGENHÖHE

Wir als radikale Linke möchten nicht weniger, als die Gesellschaft verändern. Wie wir das schaffen können, ist immer wieder Frage unserer Debatten und wir finden oft keine zufriedenstellende Antwort darauf. Unter anderem angeregt durch den Text "11 Thesen über Kritik linksradikaler Politik, Organisation und revolutionäre Praxis" des Bremer "Kollektivs" glauben wir als Vorbereitungsgruppe inzwischen mehr denn je, dass eine tiefgreifende Veränderung nicht ohne die Gesellschaft geschehen kann.

Wir alle sind Teil der Gesellschaft, in der wir leben und nur als solcher können wir in Verbindung zu Menschen treten und Denk- und Veränderungsanstöße bei uns und anderen anregen:

"Vielmehr bedarf es Begegnungen, die das Gegenüber nicht politisch instrumentalisieren sondern die Auseinandersetzung auf Augenhöhe suchen und ehrliches Interesse am Gegenüber beinhalten. Das schließt Bereitschaft zur Selbstveränderung ebenso mit ein wie die Anerkennung, dass es bereichernde Erfahrungen in den verschiedensten Lebensweisen geben kann. Gleichzeitig heißt dies auch, zu lernen, Widersprüche in Gesprächen auszuhalten und zu begegnen und nicht beim ersten unaufklärerischen Gedanken des Gegenübers das Gespräch zu beenden" (Bremer Kollektiv: 11 Thesen).

Wir können nicht die Gesellschaft abschaffen, höchstens die ihr immanenten bestehenden Strukturen. Lasst uns nicht nur versuchen, unseren Nachbar*innen oder den Verkäufer*innen im nächsten Supermarkt auf Augenhöhe zu begegnen, sondern auch bei uns selber anfangen. Lasst uns fragen, wie wir in der radikalen Linken miteinander umgehen.

POLITISIERUNG ALS FORTLAUFENDER PROZESS

Unsere individuellen und kollektiven Lernprozesse hören nie auf. Deshalb sollten wir unser elitäres Bewusstsein/Verhalten reflektieren und ablegen, so gut es geht. Keine*r von uns "wurde so geboren". Wir alle haben irgendwann mal angefangen, uns zu politisieren und dieser Prozess wird niemals abgeschlossen sein. Eine revolutionäre Bewegung muss zugänglich sein und einen Raum zur Politisierung bieten. Das bedeutet die "menschliche Fähigkeit zur Entfaltung, Entwicklung und Befreiung" (11 Thesen) anzuerkennen, auch wenn Menschen sich

anders ausdrücken oder kleiden. Eine Szene, die sich durch Zugehörigkeitscodes wie Kleidung, Musikgeschmack oder Ausdrucksformen abgrenzt, kann ein wichtiger und wertvoller Rückzugsraum für Menschen sein. Um gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken, ist allerdings ein Heraustreten aus diesen Räumen nötig. Für diese müssen wir aus unseren Komfortzonen heraus gehen, manchmal einen Schritt zurück treten und reflektieren, welche Sprache und Theorien wir benutzen und schauen, wie wir eine gemeinsame Sprache finden können.

KONFLIKTE BEGRÜßEN UND IN VERBINDUNG GEHEN

Für die Suche nach einer gemeinsamen Perspektive und Praxis ist das Eingehen, Austragen und Aushalten von Konflikten unumgänglich und grundlegend. Es braucht Mut und viel Geduld eine konträre Idee, ein Unwohlsein, ein Bedürfnis oder eine Kritik zu äußern und sich mit möglicher Kritik auseinanderzusetzen. Zu oft trauen wir uns nicht unsere Zweifel zu äußern oder zu unseren Ansichten zu stehen, weil wir Angst vor den Reaktionen und vor möglichen Sanktionen haben. Das bedeutet mit einer ständigen inneren Verunsicherung zu leben, die zur Selbstverleugnung führen kann. Kann ich zu dem stehen, was ich denke und fühle? Oder sollte ich diese Gefühle und Gedanken nicht lieber ablegen?

Durch diese Angst und Verunsicherung wird es erschwert, Widersprüche und Konflikte kollektiv zu begreifen und anzugehen. Wir können beobachten, wie bestimmte Konzepte und Verhaltensweisen zur unhinterfragbaren Norm werden und das Artikulieren von einer widersprüchlichen Emotion oder Auffassung einen Ausschluss bedeuten kann. So wird viel kreatives

Potential unterbunden und eine repressive Grundstimmung aufgebaut. Wir können nur aneinander wachsen, indem wir in Beziehung gehen und unsere eigene Fehlbarkeit eingestehen.

Offen und anerkennend in eine Auseinandersetzung zu gehen, macht es auch möglich nach unterschweligen Aspekten eines Konfliktes zu fragen: Stehen manchmal hinter sachlichen Argumenten noch andere Emotionen, Unsicherheiten und Bedürfnisse? Welche Rolle spielen persönliche Konflikte bei dem Austragen von Sachkonflikten?

ALLE SIND WICHTIG

Egal, was wir als Linke in Zukunft organisieren werden, um mit der Gesellschaft Veränderung voranzubringen. Immer wieder werden viele Menschen aus verschiedenen Kontexten und Generationen zusammen kommen, die von unterschiedlichen Erfahrungen und politischen Kulturen geprägt sind. Alle bringen unterschiedliche Ideen, Vorschläge und Überzeugungen mit – diese Vielfalt und Unterschiedlichkeiten sind wertvoll und bergen die Möglichkeit voneinander zu lernen.

Jede*r hat andere Erfahrungen gemacht und unterschiedliche Dinge gelernt. Dadurch wird jede*r Einzelne wichtig für die Veränderungsprozesse, die wir anstoßen möchten. Wir möchten alle Menschen als Expert*innen und gleichzeitig Lernende betrachten. Dabei stellt sich die Frage, wie wir es schaffen, die Fähigkeiten aller zu stärken?

Das Wissen aller ist eine Ressource, die den Prozess gestaltet. Die "Lasst uns reden!"-Konferenz soll ein Raum sein, in dem wir diese Sichtweise ausprobieren und lernen können.

WARUM WIR REDEN WOLLEN (UNSERE ZIELE)

Wir als Vorbereitungsgruppe hoffen, dass die Strategiekonferenz einen Anstoß für eine Veränderung unserer politischen Praxis in Münster geben kann. Wir wünschen uns, dass wir nach dem Wochenende wissen, wie es weitergeht und wofür wir arbeiten wollen. Wir möchten handlungsfähig werden. Es ist uns dabei bewusst, dass zwei Tage nur ein kleiner Schritt in einem langwierigen und anstrengenden Prozess sein können. Trotzdem glauben wir, dass zwei Tage, in denen wir uns wirklich begegnen, einiges verändern können.

Ein sehr wichtiger Aspekt dabei ist, dass wir uns zunächst einmal Zeit nehmen wollen, dieses „Wir“ kennenzulernen. Wer macht eigentlich linke Politik in Münster? Aus welcher Motivation heraus arbeiten wir? Und was ist uns dabei eigentlich wichtig? Wir möchten einen Raum schaffen, in dem wir uns als Menschen begegnen und Verständnis für unsere Standpunkte und Aktionen entwickeln können. Dabei ist es wichtig, dass Verständnis nicht heißt, dass alle mit allem einverstanden sind. Vielmehr heißt es, die Motivation hinter unserer politischen Arbeit nachvollziehen zu können. Wahrscheinlich stoßen wir in diesem Prozess auf einige Punkte, in denen ein Dissens besteht, der zunächst einmal nicht aufzulösen ist. Wir wünschen uns allerdings, dass wir während der Konferenz (und auch darüber hinaus) den Fokus auf das legen, was uns als radikale Linke in Münster verbindet.

Lasst uns das Gemeinsame finden, aus dem eine neue Form der politischen Praxis entstehen kann! Lasst uns kollektiv zusammenarbeiten, um in Zukunft gemeinsam revolutionäre Politik machen zu können! Und lasst uns jetzt endlich reden!

BEITRAG FÜR DIE STRATEGIEKONFERENZ

Seit Juli 2016 ist die Internetseite münster alternativ (<https://ms-alternativ.de>) wieder online. Bestand münster alternativ eine lange Zeit "nur" aus einer Mailingliste, auf der Veranstaltungen, Wohnungsangebote und -gesuche gepostet wurden, gibt es jetzt einen Veranstaltungskalender. Dort sind Infos zu kritischen, linken und emanzipatorischen Projekten, Initiativen und Veranstaltungen in Münster und Umgebung zu finden. münster-alternativ wird ehrenamtlich betrieben und versteht sich als selbstorganisierte Plattform für alternative Kultur, Politik und Aktion in Münster.

UNSER ANSPRUCH

Wir denken, linke Politik braucht eine Infrastruktur für diese alternative Kultur, Politik und Aktion, damit Veranstaltungen für uns und eine breitere Öffentlichkeit sichtbar werden. Beim Blick auf die bisherige Aktivität auf münster alternativ offenbart sich, wie vielfältig die linke "Szene" in Münster ist. Das macht Mut.

Darauf möchten wir aufbauen und versuchen, eine kollektive Plattform zu schaffen, in dem sich Gruppen und Aktivist*innen zumindest virtuell austauschen und vernetzen können. münster alternativ soll dabei helfen die Zusammenarbeit zu stärken und Gestaltungsräume zu schaffen. Gleichzeitig soll das Portal ein Anlaufpunkt für Interessierte und neue Menschen sein, die auf der Suche sind nach aktiven Gruppen, Themen, Handlungsfeldern und einer Möglichkeit politisch aktiv zu werden. Wir denken, dass eine radikale Linke in Münster und anderswo raus muss aus der "Subkultur" und sich genau für diese Menschen öffnen sollte. Denn derzeit hat linksradikale Politik zu wenig Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Wir müssen daher eine Öffentlichkeit und damit eine breitere Akzeptanz für eine Politik schaffen, die

Herrschaftsmechanismen offenbart und Position bezieht für eine offene, solidarische Gesellschaft.

MEHR ALS EIN VERANSTALTUNGSKALENDER

Neben dem reinen kontextlosen Posten von Veranstaltungen möchten wir münster alternativ ausbauen: Zum einen sollen sich hier die verschiedenen Gruppen und Initiativen mit ihrem Selbstverständnis oder ihren Positionen vorstellen können, um ein Kennenlernen und eine Vernetzung leichter zu ermöglichen.

Zum zweiten überlegen wir, ob die Plattform nicht auch genutzt werden soll, um dort Veranstaltungen zu dokumentieren, darüber zu berichten oder sogar live dabei zu sein. münster alternativ könnte dann - ähnlich wie indymedia - ein Portal für Berichte von Veranstaltungen sein, über die in der Lokalpresse nicht oder nicht detailliert genug berichtet wird.

Vielleicht können wir münster alternativ auch nutzen, um uns auszutauschen und Debatten öffentlich zu führen oder Neue anzustoßen. Eine Idee wäre, uns

umtreibende Themen vorzustellen und/oder auf einen Text zu verlinken, der Ausgangspunkt für eine Debatte ist. In der Diskussion können wir uns mit dem Thema erst einmal auseinandersetzen, die verschiedenen Positionen kritisch beleuchten und eigene Wahrheiten und Gewissheiten wieder hinterfragen. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, dass alle ein und dieselbe Position vertreten, sondern es geht um einen Austausch auf Augenhöhe, bei dem wir voneinander lernen können. Wahrscheinlich werden durch solch eine Diskussion Konfliktlinien deutlich. Es sollte jedoch auch deutlich werden, dass wir ein undogmatisches, solidarisches Miteinander anstreben.

DAS GROßE GANZE

münster alternativ kann dabei immer "nur" ein gemeinsamer virtueller Raum sein. Eigentlich aber brauchen wir auch (und zwar bald!) soziale Zentren als physische Räume zur gegenseitigen Unterstützung und kollektiven Organisierung.

Dokumentation, Berichterstattung und online geführte Debatten sind wichtig, aber auch nur ein Teilaspekt politischer Arbeit. Wie können wir die Erkenntnisse aus den Debatten, unsere Erfahrungen und unser Wissen in unsere politische Praxis einfließen lassen?

Bilden wir Bündnisse und lassen Aktionen entstehen, werden wir konkret solidarisch mit denen, die keine Rechte haben!

Bleiben wir aber auch nicht dabei stehen, sondern hinterfragen uns immer (mal) wieder, wenden wir uns auch neuen Themen zu und bleiben gemeinsam auf der Suche!

Machen wir bei allem deutlich, warum wir aktiv sind und was unsere Utopie und unser Anspruch an eine solidarische Gesellschaft ist!

7 THESEN ZUR ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Drei Jahre nach ihrer Gründung hat sich die AfD in der politischen Landschaft fest verankert. Aus dem Stand heraus erzielt sie bei Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse und ist in einigen Ländern zur drittstärksten parlamentarischen Kraft geworden. Es ist zu befürchten, dass ihr im nächsten Jahr auch der Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag und den Bundestag gelingen wird. Der Erfolg der AfD wurde durch die innerparteiliche Spaltung im Frühjahr 2015 nicht behindert, die seitdem weiter nach Rechtsaußen gerückte Partei ist sogar erfolgreicher als zuvor.

Dies lässt sich sicherlich auch mit den für sie günstigen Ausgangsbedingungen durch die Asyldebatte erklären, in der sich die AfD als Partei der Abschottung und des Nationalismus positioniert. Schon bei ihrer Gründung war die AfD nicht lediglich die Partei euro-kritischer Wirtschaftsprofessoren, als die sie oftmals wahrgenommen wurde, sondern vereinte in sich unterschiedliche Kräfte, zu denen auch Reaktionäre (z.B. christliche Fundamentalisten) und extrem Rechte zählten. Die Vertreter der extremen Rechten innerhalb der AfD haben zuletzt erheblich an Macht gewonnen, wie sich beispielsweise an der Bedeutung des thüringischen Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke zeigt. In ihrem Verständnis ist die AfD Teil einer übergreifenden rechten Bewegung mit dem Ziel der grundlegenden Veränderung des „Systems“. Die AfD hat sich von einer vermeintlichen Anti-Euro-Partei zu einer Anti-Einwanderungs-Partei entwickelt. Zugleich

attackiert die AfD sämtliche in den vergangenen Jahren erzielten Rechte von Frauen, Homosexuellen und gesellschaftlichen Minderheiten.

1. Die AfD und andere Akteure konnten den Bevölkerungsanteil mit rassistischen Einstellungen mobilisieren, sie profitiert aber vor allem von Entfremdung von Teilen der Wähler_innenschaft von der politischen Klasse.

Das gesamtgesellschaftliche Vorhandensein von rassistischen und autoritären Einstellungen wird seit Jahren regelmäßig durch Einstellungsstudien belegt. Mit der AfD oder auch mit PEGIDA finden sich nun erstmals Akteure, die diese Einstellungen dauerhaft kanalisieren und in ein Wahlangebot übersetzen können, das für eine breite Masse vertretbar ist. Der AfD und PEGIDA gelingt es, sich jenseits tabuisierter extrem rechter Parteien und Gruppen als „Stimme des Volkes“ zu inszenieren. Sie erreichen deshalb auch diejenigen, die sich selbst zur „demokratischen Mitte“ zählen. Zur AfD oder zu PEGIDA können sie sich bekennen, ohne im Verdacht zu stehen, „rechtsextrem“ zu sein. Doch der Erfolg der AfD ist nicht alleine aus der Verbreitung von rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu erklären, sondern ebenso aus einer Repräsentationskrise, die ihren Ausdruck findet in einer Entfremdung von Teilen der Wähler_innenschaft von der politischen Klasse und ihren Parteien. Diese werden allesamt als gleichartige

Vertreterinnen des Establishments wahrgenommen. Der AfD gelang es zuletzt in nennenswerter Zahl Nicht-Wähler_innen (wieder) zu gewinnen.

2. Die bisherige Strategie, Akteure der extremen Rechten mittels Skandalisierung ins gesellschaftliche Abseits zu drängen, ist bei der AfD fehlgeschlagen.

Skandalisierungsstrategien funktionieren nur noch bei Akteuren, die als explizit neonazistisch gekennzeichnet werden können. Bereits früh wurden der AfD Verbindungen zu extrem rechten Gruppierungen und Milieus nachgewiesen. Dies hat jedoch nicht den Effekt einer Tabuisierung oder Isolierung der Partei nach sich gezogen, ebenso wenig wie die Hinweis auf ihre rassistischen und menschenfeindlichen Aussagen und Inhalte. Anders als vorherige Parteineugründungen rechts von FDP und Union verfügte die AfD zu Anfang über ein honoriges Image („Professorenpartei“) und eine große Medienpräsenz. Der gesellschaftlich eingeübte Protest „gegen rechts“ und „gegen Nazis“ funktioniert mit Blick auf die AfD nicht oder nur äußerst begrenzt. Wird versucht, Inhalte und Aussagen der AfD zu skandalisieren, stilisiert sie sich umso mehr als von der „linken Meinungsdictatur“ benachteiligt und inszeniert sich als vermeintlich mutige Tabubrecherin.

3. Die AfD hat die Gesellschaft bereits verändert.

Die AfD wird die Gesellschaft nicht erst dann verändern, wenn sie parteipolitische Macht oder die kulturelle Hegemonie erlangen. Bereits jetzt beeinflusst sie massiv den Diskurs. Die AfD stellt den ideologischen Raum und bietet Rückendeckung für jene, die sich als Vollstrecker_innen eines

vermeintlichen „Volkswillens“ sehen. Ob Brandanschläge, körperliche Gewalt oder Beleidigungen und Drohungen: Die Täter_innen ziehen ihre Selbstvergewisserung auch aus den Positionen und Forderungen rechtspopulistischer Akteure.

Durch eine konsequente Missachtung einer gesellschaftlichen Entwicklung, die menschenfeindliche Einstellungen immer mehr etabliert hat und die Hoffnung, dass sich AfD, PEGIDA und co. selbst enttarnen oder erledigen werden die ins Leere gelaufen ist, wurde unter anderem ein Grundstein für aktuelle Entwicklungen gelegt. Die AfD greift diese Grundlagen auf und profitiert, trotz ihrer fehlenden wirklichen Alternativen zur aktuell etablierten Politik.

4. Die etablierten Parteien versuchen ihre an die AfD verlorene Wählerschaft durch rechte Parolen und Praxis wieder für sich zu gewinnen.

Die CSU setzt die CDU von rechts unter Druck. „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“ sind nicht nur leere Schlagworte, in ihren offenen Kampfansagen gegen multikulturelle und somit diverse Gesellschaften unterscheidet sie sich nicht von der AfD – und ist damit in Bayern parteipolitisch durchaus erfolgreich. Die AfD treibt aber auch die Regierung und Teile der Opposition vor sich her: Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei, Rücknahmeabkommen mit Afghanistan, soziale Entrechtung von Geflüchteten und so weiter. Im Versuch, nicht noch mehr Wähler_innen an die AfD zu „verlieren“ setzten CDU und SPD, teilweise unterstützt von den Grünen, im Eiltempo diverse Verschärfungen des Asylrechts um.

Solche Entwicklungen sind nicht unbekannt.

Ähnliches geschah 1993 mit dem sogenannten "Asylkompromiss" nach den rassistischen Pogromen und Anschlägen von Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln und Solingen. Aus diesen Erfahrungen hat man in den etablierten Parteien nicht gelernt. Weiterhin ignorieren sie, dass eine Legitimierung von menschenfeindlichen Einstellungen durch eine solche Politik nicht nur der AfD, sondern auch der organisierten neonazistischen Szene in die Hände spielt.

5. Die derzeitige Gesellschaft ist gespalten und Teile der Gesellschaft sind verroht.

Die Berichte über Brandanschläge auf Wohnungen und Unterkünfte, Übergriffe auf Geflüchtete und Ertrunkene im Mittelmeer sind alltäglich geworden. Ignorieren und Ausblenden, Abstumpfen und Gewöhnung bis hin zum Begrüßen dieser Taten bestimmen zunehmend das Bild zahlreicher Reaktionen. Diese empathielose Haltung gilt dabei denen, die nicht zu einem konstruierten „Wir“ gehören und ihren Unterstützer_innen. Diejenigen die sich als das Volk, die Benachteiligten, die Besorgten oder wie auch immer verstehen, sind schlecht darin, Empathie zeigen, aber gut darin, sich als Opfer zu stilisieren und Verständnis für ihre eigene Situation einzufordern. Dabei wird die eigene Benachteiligung als Legitimation dafür genutzt, andere Menschen gnadenlos abzuwerten.

6. Die AfD bedient sich eines postfaktischen Irrationalismus.

Ganz im Gegensatz zur Selbstbeschreibung als "Partei der Vernunft" setzt die AfD nicht auf eine sachliche Argumentation, sondern auf das Gefühl – die Wut, die Angst, die

Abneigung. Es ist die gefühlte Wahrheit, die zählt. Sachliche Argumentationen, die der eigenen, subjektiven "Wahrheit" entgegenlaufen, werden pauschal als Manipulationen ("Lügenpresse!") diffamiert und bestenfalls ignoriert: Wer keine rationale Argumentation zulässt, den oder die kann man über eine solche auch nicht erreichen.

7. Die derzeitige Entwicklung hat die (radikale) Linke überrascht, sie ist momentan nicht effektiv handlungsfähig.

Die AfD zieht in einen Landtag nach dem anderen ein und wird ab Herbst 2017 vermutlich auch im Bundestag vertreten sein. Der stellenweise breit aufgestellte Protest gegen ihre Demonstrationen, Vorträge und Parteitreffen ist wichtig und teilweise auch (lokal) erfolgreich. Trotzdem kann die AfD – zumindest was die Zahl der Wähler_innen angeht – einen stetigen Zulauf verzeichnen und wird als politische Instanz weitestgehend ernst genommen. Um dieser Entwicklung ernsthaft entgegen zu wirken, scheint es nicht mehr ausreichend, Protest zu artikulieren, ohne selbst positive Gesellschaftsvorstellungen zu formulieren. Linksradikale Politik muss sich also (wieder mal) ändern. Wenn die üblichen Skandalisierungsstrategien a la „Nazis raus“ nicht mehr funktionieren, dann müssen Wege gefunden werden, die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Ein Fokus sollte hierbei darauf liegen, eigene Gesellschaftsvorstellungen zu entwerfen. Ob dies die großen Utopien sind oder das bedingungslose Einstehen für Menschenrechte als Grundlage jedes Handelns ist dabei sekundär: Es gilt, positiv zu formulieren, was zu schaffen erstrebenswert ist. So kann auch einem derzeitigen Dilemma – mit Rechtspopulist_innen reden oder nicht – entgangen werden: Wir reden nicht mit

ihnen, schaffen aber neue Identifikationsangebote, denen sich jede_r anschließen kann, wer grundsätzliche Werte teilt. Um die Menschen, die verunsichert sind und um uns selbst muss es uns gehen. Ein alleiniges Abarbeiten an den Rassist_innen führt nicht zum Ziel, wenngleich das kritische Begleiten von ebendiesen, wann immer sie in der Öffentlichkeit auftreten ein Grundsatz bleiben muss.

Dabei müssen wir an die bestehenden Kämpfe und das andauernde Engagement der vielen Leute – Geflüchtete, Helfer_innen, Arbeiter_innen, ... – anknüpfen und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Auch wenn das bedeutet, manchmal enttäuscht zu werden und sich den eigenen Stereotypen und Privilegien auf schmerzhaft Art und Weise stellen zu müssen.

In der Auseinandersetzung mit der derzeitigen Gesellschaft muss Rassismus als grundlegende Ordnungsstruktur – von den Behörden bis zum NSU – benannt werden. Es nutzt auf Dauer nichts, sich nur auf die einzelnen Akteure zu konzentrieren, die ihre rassistischen Vorstellungen besonders offen oder menschenverachtend in der Öffentlichkeit äußern.

Denn wie ekelhaft die neueste “Provokation” aus den Reihen von AfD & Co auch sein mag – für Tausende Tote im Mittelmeer und Hunderte brennende Unterkünfte in Deutschland ist diese Hetze nicht alleine verantwortlich. Dafür braucht sie die den etablierten Rassismus aus der “Mitte der Gesellschaft”. Diesen gilt es immer wieder zu benennen und entschlossen zu bekämpfen.

RÄUME

Seit September 2015 gibt es in Münster keine selbstverwalteten Räume mehr, die autonom (also unabhängig von Stadt, Uni usw) sind. Keine unkommerziellen Räume, ohne Konsumzwang. Deren Ziel es nicht ist Mehrwert zu produzieren und die dadurch auch von Menschen genutzt werden können, die kaum Kohle haben.

Es ist so wichtig solche Räume zu haben. Sie haben das Potenzial vieles zu ermöglichen.

Zum Beispiel ein Knotenpunkt für die radikale Linke zu sein, an dem wir wieder zusammen kommen und mehr voneinander mitbekommen können. Es fehlt ein gemeinsames Austauschmedium. Dadurch ist es kaum möglich in größerer Runde, als der eigenen kleinen Peer-Group, Diskussionen zu führen. Aber Diskussionen zu führen, ja uns auch manchmal leidenschaftlich zu streiten, gehört zu unserer politischen Kultur und Praxis. Wir wollen den Austausch. Wir wollen (solidarische) Kritik äußern und auch bekommen, wir wollen Konflikte im Gespräch angehen können und wir sind bereit sie im Zweifel auch auszuhalten. Weil wir überzeugt sind, dass uns mehr verbindet, als uns trennt.

Wir wollen Diskussionen: in Kleingruppen, in Szenezusammenhängen und darüber hinaus mit dem ganzen Rest der Gesellschaft. Nur so können wir Dinge verändern. Indem wir wieder miteinander ins Gespräch kommen. Und wenn wir das nicht über Facebook, Twitter und co machen wollen, ist es unumgänglich wieder einen Ort zu haben, an dem dies ohne großen Aufwand möglich ist. Wir sind kaum handlungsfähig dadurch, da

es schwierig ist regelmäßig miteinander in Kontakt zu treten. Es wird dringend ein Raum für Treffen gebraucht. Wir brauchen Infrastruktur zum Arbeiten, Lagern und auch, um strukturübergreifend Material zur Verfügung stellen zu können.

Darüber hinaus kann ein unkommerzieller, selbstverwalteter Raum eine Anlaufstelle für "Neue" werden. Es kann Platz für öffentliche Veranstaltungen und Projekte geben: Vorträge, Lesungen, Workshops, Werkstätten, Umsonstladen, Infoladen, ein Archiv...

Ohne Räumlichkeiten, die autonom, selbstverwaltet und unkommerziell sind, ist es viel schwieriger aus unseren eigenen Umkreisen hinaus nach "außen" zu treten. Unsere Marginalisierung zu überwinden und mit unseren Ideen für eine bessere Gesellschaft selbstbewusst in die Öffentlichkeit zu treten.

Natürlich garantiert das alleinige Vorhandensein von Räumen nicht, dass uns das gelingt. Wir müssen und also nicht nur die Frage stellen, wie wir an welche kommen, sondern auch, wie wir sie gemeinsam gestalten.

DIE "OHNMACHT" DER RADIKALEN LINKEN

Impulse zum gemeinsamen Kampf

In diesem Beitrag zur „Lasst uns reden“-Konferenz möchte ich auf die von vielen Aktivist*innen beklagte „Ohnmacht“ der radikalen Linken in der BRD eingehen. Für mich hat diese Ohnmacht zwei Perspektiven, welche es zunächst zu erkennen gilt. Ich versuche diese zwei Perspektiven möglichst kurz und dennoch schlüssig zu erläutern. Davon ausgehend möchte ich ein paar Impulse zur Ideenfindung einer neuen linksradikalen Strategie geben. Die – aufgrund der Kürze der Zeit für das Verfassen dieses Textes – kleinen Impulse für mögliche Ideen orientieren sich nah an einigen der 11 Thesen vom Kollektiv aus Bremen. Nach meinen eigenen Überlegungen las ich den Text des Kollektivs und war über das Überschneiden einiger Gedanken mit denen der Genoss*innen sehr erfreut. In mindestens einem Punkt muss ich dem Kollektiv allerdings widersprechen.

Die Impulse entspringen zum einen aus kritischer Reflektion meiner eigenen, aber auch der erlebten politischen Praxis anderer Genoss*innen und Gruppen. Zum anderen habe ich versucht meine Eindrücke aus vielen Diskussionen mit meiner Familie, vielen Freund*innen und anderen Menschen, mit denen ich in verschiedensten Situationen des Alltags ins Gespräch kam, mit einfließen zu lassen.

Vor allem möchte ich bereits zu Beginn betonen, dass ich von der Bereitschaft der radikalen Linken hier in Münster zu dieser Konferenz und somit dem Schritt hin zu neuer Strategie und Organisation sehr begeistert bin und hoffe dabei konstruktiv mitwirken zu können. Ich bin mir bewusst, dass der eine oder andere Punkt dieses Textes sicherlich eine noch ausführlichere Formulierung und Darstellung nötig gehabt hätte. Dies war aufgrund der kurzen Zeit leider so nicht möglich. Dennoch denke und hoffe ich, dass ich mit diesem Text einen Beitrag zur konstruktiven Analyse und Diskussion über die Situation der radikalen Linken und einer Perspektive zu neuer Strategie und Organisation leisten kann.

DIE "OHNMACHT" DER RADIKALEN LINKEN AUS ZWEI PERSPEKTIVEN

Die aktuelle Situation der radikalen Linken in der BRD lässt wenig Grund für Optimismus. Während der Neoliberalismus zunehmend enthemmter die Lebensbedingungen für viele Menschen immer prekärer werden lässt und das gesellschaftliche Zusammenleben von neoliberaler Ideologie durchzogen ist, treten reaktionäre, rassistische Gesellschaftsakteur*innen wieder immer offener zutage. Die radikale Linke reibt sich in immer mehr und in verschieden

gerichteten Abwehrkämpfen auf. Trotz aller Mühen und allen Willens scheint der gesellschaftliche Einfluss allerdings stetig weiter zu schrumpfen. Von einer eigenen „Ohnmacht“ angesichts der Zustände ist immer häufiger die Rede. Diese Situation der radikalen Linken ist aber aus zwei Perspektiven zu betrachten: eine Perspektive der „Ohnmacht“ liegt dabei fernab einer momentanen Einflussnahme der radikalen Linken, die andere Perspektive ist selbstverschuldet und sollte sich durch Akzeptanz der ersten Perspektive überwinden lassen, damit der Zustand der

paralysierenden „Ohnmacht“ überkommen werden kann.

Die erste – zu akzeptierende – Perspektive der „Ohnmacht“ ist die nicht vorhandene Einflussnahme auf den Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsform. Die Vertreter*innen linksradikaler Gesellschaftskritik betonen stetig die allumfassende Verbreitung neoliberaler Ideologie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Zudem steht die radikale Linke durch die voranschreitende Globalisierung auch einem weltweit tief verankerten Wirtschaftssystem gegenüber. Warum sollte sich die radikale Linke weiterhin damit überfordern, aus eigenem Antrieb dieses fest verwurzelte System zum Sturz bringen zu können? Dem Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gehen die systeminternen Lösungsmechanismen schlichtweg aus, sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Das System Kapitalismus konstruiert aktuell seinen eigenen Niedergang. Punktuell kann dieser Prozess des Zerfalls unterstützt und gefördert, auf gesamtgesellschaftlicher und vor allem ökonomischer Ebene muss die fehlende Einflussnahme, also die „Ohnmacht“, aber zu akzeptieren und schließlich zu nutzen gelernt werden. Für die Akzeptanz dieses Zustandes muss der Kapitalismus auch in den Köpfen vieler Vertreter*innen der radikalen Linken wieder als Gesellschaftsform und nicht primär nur als Wirtschaftssystem verstanden und bekämpft werden. Zudem muss sich wieder präsent gemacht werden, dass der Kapitalismus als eine „historische Erscheinung“¹ betrachtet werden muss, dass der kapitalistischen Gesellschaft also ein Anfang sowie ein Ende innewohnt.

Das eigene Ende in ökonomischer Hinsicht bereitet sich der Kapitalismus dieser Tage

fleißig selbst. Der globale Durchbruch des Neoliberalismus während der letzten gut 30 Jahre hat die Möglichkeiten staatlicher und gesellschaftlicher Intervention auf die Krisen des Systems aufgebraucht. Es ist davon auszugehen, dass 2008 die letzte Episode umsetzbarer staatlicher Intervention in das kapitalistische System und die Sicherung des Fortbestandes desselben im globalen Kontext erlebt wurde. Das weltweit immer weiter sinkende Wirtschaftswachstum, die steigende Privat- und Staatsverschuldung, die kaum mehr existenten Sozialsysteme der Staaten, das sich mehr und mehr nur auf die besitzenden Klassen beschränkende Konsumpotenzial – dem Kapitalismus geht der Treibstoff für das überlebenswichtige Wachstum aus.

Wie soll die radikale Linke allein in diese komplexen ökonomischen Prozesse eingreifen? Und wieso sollte sie? Ein Argument ist sicherlich, um das Leid der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu lindern. Doch würde es dadurch nicht erst verlängert werden? Politische Opposition scheint den Kapitalismus am Leben zu halten.² Eine linke Regierung würde - so realistisch müssen wir sein - auf ganzer Linie scheitern. Jedwede Reform müsste sich so entschieden gegen die Interessen des Großkapitals und des Finanzkapitals stellen, dass diese ihr Kapital in andere, nicht reformwillige Staaten abziehen würden. Eine globale Reform ist fernab jeder Realität und würde zudem dem Ende des Kapitalismus entgegenwirken. Die Autonomie des kapitalistischen Systems von staatlicher Einflussnahme durch Globalisierung und die fortwährende Finanzialisierung trotz der Erfahrungen des bisherigen Krisenhöhepunktes 2008 scheinen dem Kapitalismus sein eigenes Grab zu schaufeln.

In Anbetracht dieser – zugegeben gemessen an der tatsächlichen Komplexität sehr knappen – Darstellung der Zustände muss sich die radikale Linke eingestehen, dass es wohl erst noch schlimmer werden muss, bevor es gut werden kann. Doch aus dieser Akzeptanz der ökonomisch und parlamentarischen Ohnmacht erschließt sich das tatsächliche Potenzial der gesellschaftlichen Veränderung durch die radikale Linke. Wie bereits erwähnt muss dafür der Kapitalismus als Gesellschaftsform verstanden werden. Und fernab der ökonomischen und parlamentarischen Ohnmacht ist es sehr wohl möglich, auf das alltägliche gesellschaftliche Zusammenleben einzuwirken, welches sich nach Jahrzehnten hegemonialer Einflussnahme ebenfalls in den Fängen des Neoliberalismus befindet.

Dies ist die andere, die selbstverschuldete „Ohnmacht“ der radikalen Linken. Ein jahrzehntelanges Versteifen auf versuchte ökonomisch und parlamentarische Einflussnahme und der damit einhergehenden Entpolitisierung des „Privatlebens“, oder genauer formuliert: des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Sphäre des Lebens muss dringend wieder als das hauptsächliche politische Kampfgebiet der radikalen Linken wiederentdeckt und dieser Kampf wider den neoliberalen Werten und Ideologie im Alltag kultiviert werden. Dabei muss die radikale Linke weiterhin dort Abwehrkämpfe führen, wo Menschen akut durch Staat, Kapital oder außerparlamentarische, radikale Feind*innen der Freiheit bedroht werden. Jedoch muss die Arbeit der radikalen Linken eine aus Sicht des gesellschaftlichen Zusammenlebens wesentlich konstruktivere Form annehmen als der ewigwährende Abwehrkampf. Bündelt die radikale Linke ihre Kräfte in die akute Gefahrenabwehr und setzt in der Hauptsache verstärkt auf den konstruktiven, aktiven Aufbau eines emanzipatorischen,

antiautoritären gesellschaftlichen Zusammenlebens, welches seine Überzeugung und Energie aus Nächstenliebe und Solidarität erfährt, lässt sich die selbstverschuldete „Ohnmacht“ der radikalen Linken überwinden.

Natürlich muss zu dieser Überwindung der selbstverschuldeten „Ohnmacht“ auch die Einsicht gehören, dass auch auf diesem Wege kein Sturz der kapitalistischen Gesellschaft realisierbar ist. Doch angesichts der ökonomischen Selbstzerstörung des Kapitalismus kann auf diesem Wege das revolutionäre Potenzial der Zivilgesellschaft beziehungsweise der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen³ geweckt und organisiert werden. Diese „Aktivierung“ des revolutionären Potenzials der Massen muss zwingend in den Vordergrund linksradikaler Praxis gerückt werden, da nur auf diesem Wege einer neuerlichen Periode des Staatskapitalismus in Form des Faschismus entgegengewirkt werden kann, sobald es zum ökonomischen Kollaps des neoliberalen Kapitalismus kommt. Zudem erhöht sich auf diesem Wege die Chance, dass eine mögliche Revolution im Zuge des Kollapses auch von einer großen Zahl von Menschen getragen und von ihnen ausgehen würde, und somit das Potenzial zur Entstehung einer tatsächlich antiautoritären Gesellschaftsform durch die Revolution gesteigert wird.

Die radikale Linke sollte sich nicht wieder durch ein Selbstverständnis als außerparlamentarische Opposition o.ä. reduzieren, da aus der Akzeptanz beziehungsweise Überwindung der Perspektiven der „Ohnmacht“ kein wirklich akzentuiertes Einwirken auf das parlamentarische System mehr praktiziert werden sollte.⁴ Wenn die radikale Linke im gemeinsamen Kampf eine emanzipierte, antiautoritäre Gesellschaft anstrebt, muss es in der revolutionären Arbeit auf dem Weg zu

diesem Ziel einen endgültigen Bruch mit den Institutionen der autoritären, kapitalistischen Gesellschaft geben.

IMPULSE ZUR IDEENFINDUNG FÜR EINEN GEMEINSAMEN KAMPF DER RADIKALEN LINKEN

Die folgenden Punkte sind Impulse für neue Ideen linksradikaler Praxis und alles andere als der Weisheit letzter Schluss. Sie entspringen vor allem der Reflektion und der Kritik meiner eigenen politischen Praxis, Beobachtungen aus Diskussionen mit meiner Familie, mit Freund*innen und vielen mir wenig bekannten Menschen, mit denen ich in verschiedensten Situationen ins Gespräch kam. Zudem spielen auch meine Erfahrungen und Beobachtungen der Praxis verschiedener linksradikaler Gruppierungen in der gesamten BRD in diese Punkte herein.

Der für mich grundlegendste Punkt für eine Neuausrichtung linksradikaler Praxis im Hinblick auf eine gesellschaftliche Veränderung und der Verbreitung emanzipatorischer, antiautoritärer Ideen des Zusammenlebens ist eine bei weitem größere Empathie für die Denkweise und den Wissensstand der Menschen, die (noch) nicht ihr gesamtes Leben als politisch verstehen. Damit meine ich vor allem all die Menschen, die in unserer Gesellschaft unter dem hegemonialen, untragbaren und völlig realitätsfernen Konzept der „gesellschaftlichen Mitte“ zusammengefasst werden. Um diese Menschen erreichen zu können, muss im Austausch mit ihnen wesentlich intensiver auf diese Menschen selbst und ihre von der Sozialisation der neoliberalen Gesellschaft beeinflussten Denkmuster und das Verständnis der

Gesellschaft eingegangen werden. Wer hier als Linksradikale*r zu schnell mit Angriff auf typische Denkmuster der neoliberalen Gesellschaft reagiert und eine rationale, vernünftige Ebene der Argumentation und des Austausches verlässt, der wird auf kein Gehör stoßen. Zudem treten viele Genoss*innen in solchen Situationen selbst autoritär auf.

Für eine konstruktive, emanzipatorische, antiautoritäre Mitgestaltung der Gesellschaft ist zudem entscheidend, welche Inhalte linksradikaler Werte in gemäßigtere gesellschaftliche Klassen getragen werden können. Was zum gegenwärtigen Zeitpunkt öffentlichkeitswirksam nach „außen“ (in Bezug auf die richtige Analyse des „Kollektivs“ der radikalen Linken als gegenwärtige Subkultur) dringt, sind die Inhalte „Antirassismus“ und „Antifaschismus“. Diese Inhalte sind zweifelsohne wichtig und müssen nach wie vor in jeder Situation verbreitet werden, doch muss sich die radikale Linke in der BRD in diesem Zusammenhang auch zwei Umstände eingestehen: (1) das Thema Antirassismus betrifft nun mal lediglich die Mitmenschen in der BRD, die einen Migrationshintergrund haben oder Migrant*innen sind. Zudem ist das Verständnis von Rassismus der meisten Menschen noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Dies trifft auch auf (2) den Faschismusbegriff zu. Die meisten Menschen unserer Gesellschaft haben ein zu historisch geprägtes Verständnis von Faschismus und somit wenig Verständnis für die Aktualität dieses Themas. Dem muss natürlich vonseiten der radikalen Linken durch Bildung und Aufklärung entgegengewirkt werden, doch unter Anbetracht der benötigten Empathie für die zum großen Teil apolitischen Mitmenschen unserer Gesellschaft muss in diesen Punkten auch eine Begründung gesehen werden, warum die radikale Linke sich selbst

zunehmend marginalisiert.

Ein Ausweg aus dieser Marginalisierung innerhalb der Gesellschaft ist somit die Praxis einer öffentlichen, gesamtgesellschaftlichen Kritik und der Bewusstmachung der Wichtigkeit linksradikaler Positionen für die Mehrheit der Menschen in der Gesellschaft. Wenn es gelingt im öffentlichen Rahmen – das meint vor allem auf medialer Ebene⁵– die linksradikalen Positionen zur Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft zu etablieren, erhöht sich auch das Potenzial auf einen breiteren Anschluss und Gehör in der Gesellschaft. Das Produkt dieser Praxis wäre vermutlich wohl auch eine Neubildung des Klassenbewusstseins. Denn momentan entlädt sich der Hass vieler Ausgebeuteter* und Unterdrückter* vor allem im Rassismus, da hier die Rechte in der BRD diesen Menschen ein „Feindbild“ bietet. Die radikale Linke muss neue und konstruktive Wege finden um ihre Positionen der Gesellschaftskritik wieder gesamtgesellschaftlich zugänglich zu machen (dabei muss vor allem an die Passivität der apolitischen „Mitte“ gedacht werden), um so diese „Feindbilder“ zu korrigieren, sprich sie auf den Kapitalismus zu richten und so wieder Impulse für ein Klassenbewusstsein der Menschen zu geben.

Was ich vor allem in den vielen Diskussionen mit größtenteils apolitischen Freund*innen und meiner Familie bemerkte, ist, dass im Zuge der Verbreitung linksradikaler Positionen auch zwingend eine Diskursverschiebung des Wortes „radikal“ stattfinden muss. Ich gehe davon, dass viele Genoss*innen diese Erfahrung auch oft genug gemacht haben, dennoch ist es für mich ein so zentraler Punkt, dass ich ihn nochmals erwähnen möchte. Denn solange

ein Großteil der Gesellschaft den Begriff „linksradikal“ mit zwingend gewalttätig – und somit vor allem mit konzept- und überzeugungslos – assoziiert, wird es um ein Vielfaches schwerer sein, die linksradikalen Inhalte in einem konstruktiven Kontext mit (vor allem apolitischen) Mitmenschen teilen zu können.

Für eine neue Strategie und Organisation müssen wir uns als radikale Linke zudem bewusstmachen, dass es in erster Linie ein konstruktiver Einfluss auf die Gesellschaft sein wird, der diese nachhaltig und in revolutionärer Weise verändern kann. Das gesellschaftliche Zusammenleben muss in Gänze wieder als politisch verstanden und gelebt werden. Revolutionäre Arbeit kann tagtäglich in jeder Form der Interaktion betrieben werden. Das Verhältnis zu den Mitmenschen und das Miteinander muss dabei von Nächstenliebe und der Liebe zum freien Leben miteinander erfüllt sein. Was wir in diesem Verhältnis geben wird die Art und Weise des Einflusses bestimmen, den wir auf die Gesellschaft und ihre Zukunft haben werden. Priorisieren wir als radikale Linke weiterhin die Abwehrkämpfe, werden auch weite Teile der Gesellschaft mit Abwehr antworten. Doch verlassen wir diese primär destruktive Form der gesellschaftlichen Partizipation und finden konstruktive Antworten auf die vielen Probleme der kapitalistischen Gesellschaft, so wird auch die Antwort der Gesellschaft in der Mehrheit eine andere werden. Diese Mehrheit ist beispielsweise von der stetigen, alle Lebensumstände und –Situationen durchziehenden Konkurrenz der kapitalistischen Gesellschaft psychisch ausgelaugt. Wirken wir durch neue Formen des Zusammenlebens in kleinen Schritten diesem Umstand entgegen, dann werden mehr und mehr Menschen von der Wichtigkeit linksradikaler

Gesellschaftsmodelle überzeugt werden können. Diejenigen, die aufgrund ihrer narzisstischen Natur sich in dieser Gesellschaft gut aufgehoben fühlen, haben ohnehin zum Großteil einen Platz im hegemonialen Machtapparat inne. Doch als radikale Linke müssen wir unseren Fokus von diesen menschlich gesehen psychologisch kranken Menschen wegverlagern zu denen, die auf vielfältigste Art und Weise unter den Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft leiden und diesen Menschen antiautoritär, durch vorleben anstatt vorschreiben, Formen des freien Zusammenlebens nahebringen.

Als elementarste Aufgabe einer neuen Strategie sehe ich den Aufbau eines linksradikalen Bildungsnetzwerkes. Dabei sollte es nicht nur um Vorträge und Diskussionsabende gehen. Linksradikale Kritik an den Zuständen muss dort vermitteln werden, wo es die Menschen direkt betrifft. Diese Bildung muss frei von der Einflussnahme staatlicher oder – am Erhalt der Verhältnisse interessierter – gesellschaftlicher Institutionen vermittelt werden. Natürlich ist dies eine komplexe Aufgabe, welche kreativer Lösungsansätze bedarf. Ich persönlich bin jedoch davon tief überzeugt, dass der Bildung die größte revolutionäre Kraft innewohnt, welche wir in der Gesellschaft direkt und aus eigenem Antrieb heraus fördern können.

Mit meinem letzten Impuls äußere ich mich zu dem Thema, über das ich die größten Kontroversen innerhalb der radikalen Linken erwarte. Doch sehe ich in diesem die größte Chance, die vielen einzelnen Gruppierungen der radikalen Linken, die aus wirklich antiautoritärer, emanzipatorischer Überzeugung agieren, unter einem gleichen Ziel vereinen zu können. In diesem Impuls

berufe ich mich auf einen der Kernpunkte aus Max Horkheimers Text „Der autoritäre Staat“ (1942). In diesem Text ruft Horkheimer zum Sprung aus der Geschichte heraus auf, er meint damit einen Bruch mit dem Gedanken des Fortschritts. Mit diesem Aufruf stellt er sich gegen den historischen Materialismus von Marx und Engels und trennt den Begriff des Fortschritts von der Idee der Revolution. In Anbetracht der „Ohnmacht“ gegenüber der Selbstzerstörung des Kapitalismus erscheint mir dieser Gedanke als sehr wegweisend für die Zukunft. Denn da sich der Kapitalismus allem Anschein nach selbst zerstören wird, liegt es auch fernab aller revolutionären Akteur*innen, in welcher Verheerung er dies tun wird. Wieviel Ressourcen verschwinden mit dem Kapitalismus? Welches Schicksal ereilt die Menschheit oder Teile von ihr im Zuge der Selbstzerstörung? Selbst die letztliche Form der Selbstzerstörung ist nicht abzusehen. Und selbst, wenn wir all das absehen könnten, was bedeutet überhaupt Fortschritt? Wird „der Fortschritt“ auch nach den Schrecken der kapitalistischen Gesellschaft noch weiterhin technologisch oder ökonomisch definiert? Oder rückt der rein menschliche Fortschritt endlich in den Fokus? Dies sollte die Utopie der radikalen Linken formen. Die Utopie von einer Gesellschaft in welcher der menschliche Fortschritt die Priorität aller gesellschaftlichen Prozesse darstellen sollte. Angesichts dessen und der vielen nicht zu beantwortenden Fragen sollten wir uns als radikale Linke die Frage stellen, ob es weiterhin sinnvoll ist uns in Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen zu spalten? Oder sollten wir uns alle gemeinsam dem Ziel widmen, in konstruktiver, revolutionärer Arbeit der Gesellschaft eine Idee zu geben was es heißt, in emanzipatorischer, antiautoritärer, solidarischer Weise zusammenzuleben? Der konstruktive, positiv behaftete, weil dem

Wohle aller Menschen dienende, Wettstreit der Ideen von Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen wird seinen Platz nach dem Ende des Kapitalismus finden, wenn die bis dahin geschaffenen revolutionären Strukturen sich als stark und entschlossen genug erwiesen haben. Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen!

„Die Umwälzung, die der Herrschaft ein Ende macht,
reicht so weit wie der Wille der Befreiten.“
- Max Horkheimer

1 Wolfgang Streeck; „Wie endet der Kapitalismus?“
(2014)

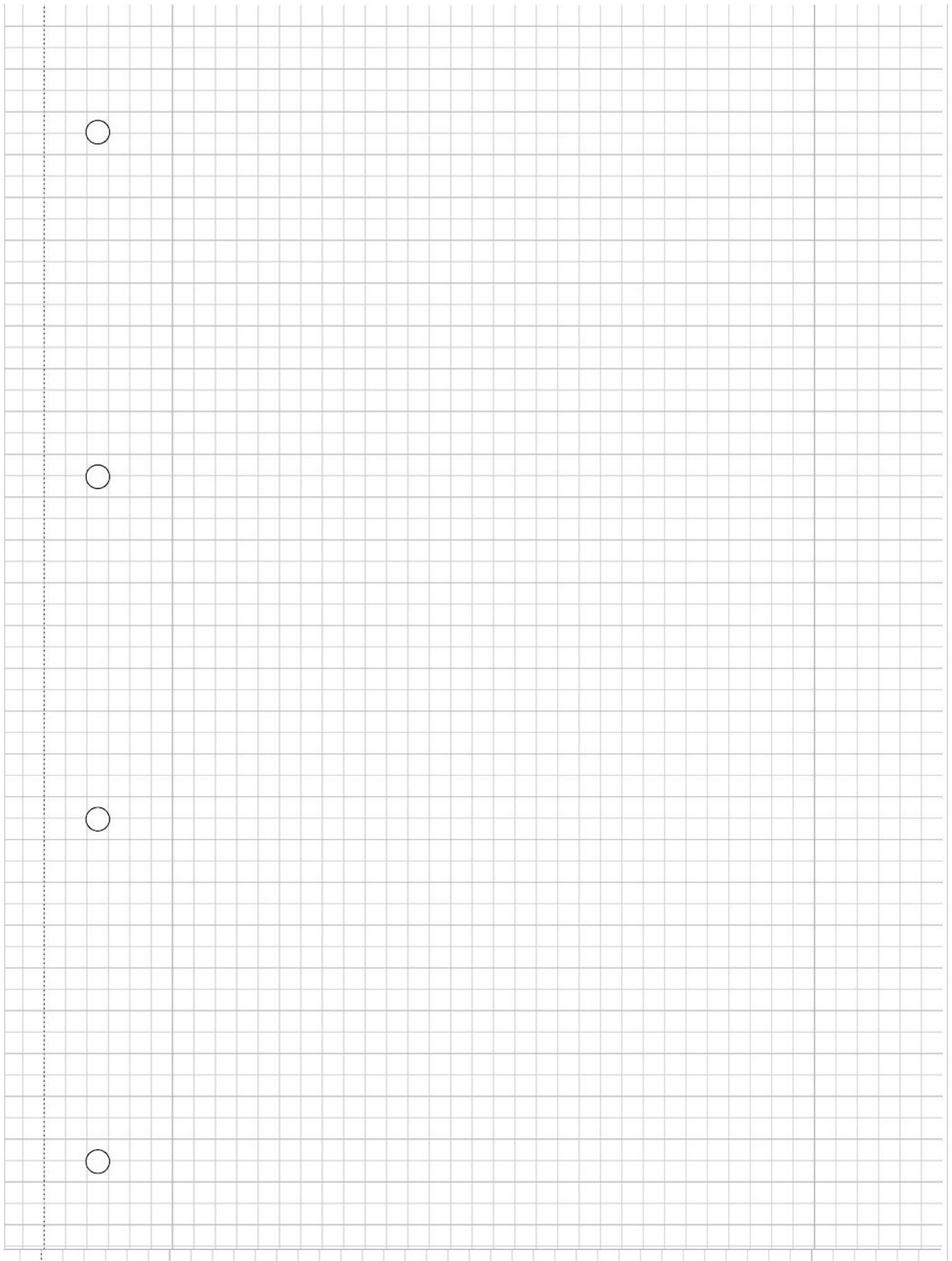
2 Wolfgang Streeck (2014)

3 In der neoliberalen Gesellschaft diese „Klassen“ näher zu bestimmen ist natürlich ein sehr komplexes Unterfangen. Gleichwohl ist angesichts der immer ungerechteren Verteilung von Vermögen und somit Chancen innerhalb der Gesellschaft die Zahl der Menschen, für die ein Ende des Kapitalismus der Start eines schönen, freien Lebens bedeuten würde, stark zunehmend.

4 Wobei sich dieser Umstand in akuten Krisenfällen oder bei stark autoritären, das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben betreffenden Beschlüssen des Parlamentes durch einen gezielten Abwehrkampf auch temporär wieder ändern muss!

5 Vor allem gilt es neue und kreative Möglichkeiten der medialen Kommunikation fernab der Leitmedien zu erschließen. Dazu bietet das Internet heute die Möglichkeiten, welche ja bereits auch schon genutzt werden. Die Verbreitung dieser Möglichkeiten in der Gesellschaft wird sich vor allem als ein Kernproblem darstellen.

RAUM FÜR NOTIZEN



RAUM FÜR NOTIZEN

The page contains a large grid area for taking notes. A vertical dotted line is positioned on the left side of the grid. Four circular punch holes are located along this dotted line, spaced vertically. The grid itself is composed of small squares, with a slightly larger margin at the top and bottom.

FÜR FEMINISMUS

Der vorliegende Text reflektiert einige Erlebnisse, die wir bei feministischen bzw. queerfeministischen Veranstaltungen im vergangenen Jahr gehabt haben und viele Diskussionen, die wir in den letzten Monaten führten. Der Text soll ein Anstoß sein für weitergehende Diskussionen über feministische Bewegung, Kultur und Geschichte, über Selbstverständnis und Definitionsmacht, über Ausgrenzung, Schutzräume, Szenecodes, Awareness, Queerness und vieles mehr.

Dabei erheben wir keinen Anspruch darauf, eine vollständige Analyse zu liefern. Wir selbst sind uns in einigen Punkten unsicher, wollen eine Diskussion anstoßen und daraus lernen. Wir haben den "wahren" Feminismus nicht für uns gepachtet - so wie Andere das auch nicht haben. Es sich bei diesem Text auch um eine Selbstkritik, da wir selbst Teil der feministischen Strukturen in Münster sind. Uns ist bewusst, dass viele der hier angeschnittenen Kritikpunkte auf viele Teile der (radikalen) Linken zutreffen. Feminismus ist für uns jedoch von besonderer Bedeutung, da wir durch feministische Themen politisiert wurden und vielfältige feministische Arbeit machen.

Wir haben intensiv überlegt, ob wir überhaupt etwas schreiben sollen. Wir haben Angst davor, dass wir Leuten unrecht tun, dass wir falsch liegen, dass wir uns angreifbar machen. Wir wollen nicht, dass dieser Text Menschen verletzt. Das widerspräche genau dem, wofür wir mit diesem Text eintreten wollen.

ABER WARUM MÜSSEN WIR DEN TEXT ALS EINE KRITIK FORMULIEREN, DURCH DIE SICH MENSCHEN EVTL. VERLETZT FÜHLEN, ANSTATT ALS VORSCHLAG WIE ES ANDERS GEHEN KÖNNTE?

Wir glauben, dass es wichtig ist, unser

Unwohlsein, unsere Zweifel und unseren Ärger in einem Beitrag zu artikulieren, da wir eine starke feministische Bewegung brauchen. Dieser Text soll ein Anfang sein, ein Versuch zu begreifen, was aktuelle Entwicklungen sind, und worin unser Unwohlsein fußt. Wir denken, dass das grundlegend ist, um neue Formen des Umgang und der Praxis zu finden. Denn unsere Ideen kommen nicht aus dem leeren Raum oder aus uns heraus. Wir sind geprägt durch unsere Erfahrungen in der queerfeministischen und feministischen Szene und unser Wissen ziehen wir aus dem Wissen der feministischen Bewegungen und Debatten des letzten Jahrhunderts.

KÖNNEN WIR NICHT AUCH EINFACH UNSERE EIGENE PRAXIS LEBEN UND ANDERE DAS TUN LASSEN WAS SIE FÜR RICHTIG HALTEN?

Das würde bedeuten, eine Zusammenarbeit (in Zukunft) komplett abzulehnen, eine Unterscheidung zwischen "unserem" und "deren" Feminismus aufzumachen und zu praktizieren und gerade das wollen wir nicht. Unseres Erachtens ist das auch ein Teil des Problems, das in Münster zur Vereinzelung und unterschwelligem Konflikten führt. Wir wünschen uns eine Debatte - so wie es schon immer Debatten in feministischen Bewegungen gab - in der wir und unsere queerfeministischen und feministischen

Mitstreiter*innen den Mut finden, ehrlich zu kommunizieren, uns zu kritisieren und zusammen stark zu sein.

Mit anderen Worten:

"Das [die Bündnisarbeit] war nicht immer einfach, aber ich habe dadurch eine wichtige Sache gelernt: Dass man sich in Kämpfen auf die Schnittpunkte konzentrieren kann und nicht auf das, was uns teilt. Das schließt nicht aus, andere Mitkämpferinnen zu kritisieren, aber im Fokus steht die Konzentrierung auf die Sache, für die wir kämpfen." (Dörte Weniger: <http://diestoerenfriedas.de/meinungspluralismus-im-feminismus/>)

WIR BRAUCHEN EINEN FEMINISMUS, DER GESAMTGESELLSCHAFTLICH IST.

Wir brauchen einen Feminismus, der vielfältig und zugänglich für viele Menschen ist, die sich gemeinsam bestärken und organisieren. Um das zu schaffen müssen wir uns fragen wie und wo wir jene erreichen, die mit uns für eine feministische Gesellschaft kämpfen. Auf diese Fragen haben auch wir keine fertigen Antworten, sondern denken, dass wir alle gemeinsam nach Wegen suchen müssen und die Praxis gehen müssen.

Jedoch erleben wir (queer-)feministische Zusammenhänge oft als homogen und ausschliessend, auch wenn die Teilnehmenden sich als divers und offen auffassen - nur weil jemand immer wieder etwas von sich behauptet, wird es noch nicht wahr. Zudem wird nicht das Ziel verfolgt eine feministische Bewegung zu schaffen, die politische, gesellschaftliche und diskursive Entwicklungen beeinflussen kann - das was aktuell oft unter dem Stempel "Feminismus" stattfindet, tendiert eher in Richtung salbungsvolle Selbstreproduktion, auf die wieder die Feststellung folgt, dass immer nur die gleichen Menschen gekommen sind.

Dies resultiert aus verschiedenen ineinandergreifenden Aspekten, denen noch genauer nachgegangen werden muss, aber wir wollen hier einige kurz anschnitten.

"There is nowhere you can go and only be with people who are like you. Give it up."
(Bernice Johnson Reagon)

Wir erleben, dass oft Feminismus nur queerfeministische Subkultur bedeutet. Diese Subkultur hat zum Teil auch für uns eine wichtige Bedeutung (gehabt) und wir wollen das niemandem absprechen. Zum Teil bieten diese subkulturellen Räume Sicherheit für Menschen - so werden Schutzräumen eine große Bedeutung in der Szene beigemessen. Aber viele (queer-)feministische Veranstaltungen, die den Anspruch erheben, einen Schutzraum zu bieten sind, ausschliessend. Schutzräume dürfen auch ausschliessend sein - sie müssen es gezwungenermaßen sein, um einen Schutz zu bieten. Allerdings wird das häufig nicht so artikuliert und kritisch reflektiert. In den entsprechenden Texten dazu heißt es dann: dies soll ein Ort sein, an dem sich alle wohl fühlen.

Aber viele finden gar nicht den Zugang zu diesen Räumen und wenn doch, dann fühlen sich viele dort oft nicht wohl. Frauen*, die nicht zu der Szene gehören und nicht mit einem abgeklärten Kopfnicken jede „Awareness-Regel“ für selbstverständlich erklären, fühlen sich in diesen Räumen oft nicht willkommen, egal wie feministisch und revolutionär ihre Gedanken und ihr Handeln sein mag.

Schutzräume sind wichtig. Jedoch darf Feminismus nicht dort stehen bleiben. (Subkulturelle) Schutzräume sind nicht ein Mittel, um patriarchale Strukturen abzuschaffen. Dafür müssen wir raus gehen,

uns mit Menschen zusammen tun, die nicht so sind wie wir und voneinander lernen. An dieser Stelle wollen wir gerne aus einem Artikel des aktuellen Missy Magazines zitieren (durch den wir auch auf den spannenden Text von der oben zitierten Sängerin und Aktivistin Bernice Johnson Reagon gestoßen sind):

"Jenseits eines limitierenden Modells von Identity Politics wies Reagon dennoch auf die Notwendigkeit - und Begrenztheit - exklusiver Räume hin. Die Kernmetapher ihrer Rede war die des „barred room“, also des abgeschlossenen Raumes. Reagon unterschied dabei zwischen dem warmen Gefühl der Sicherheit, das uns der „Home Space“ eines geschlossenen Raumes schenken kann, und der unangenehmen und anstrengenden Koalitionsarbeit, die aber dennoch stets angestrebt werden müsse. Denn obgleich jene Räume empowernd wirken, helfen sie uns längerfristig nicht dabei zu überleben."

(<https://missy-magazine.de/2016/11/04/der-boese-boese-essenzialismus/>)

Was wir zudem ansprechen wollen, ist ein Thema, das in der (radikalen) Linken wohl niemals enden wird, uns aber gerade in feministischen Zusammenhängen übel aufstößt: Die Aburteilung von Personen, die sich nicht den äußerlichen Szenecodes anpassen wollen oder können. Als sei es nicht genug, jeden Tag den lookistischen Auswirkungen des Patriarchats ausgesetzt zu sein und das bei vielen von uns schon unser Leben lang, muss auch gegenüber Gleichgesinnten die durch Äußerlichkeiten unter Beweis gestellt werden. Wer nicht richtig aussieht, wird nicht wahrgenommen, nicht gehört. Es besteht viel Misstrauen aufgrund von Äußerlichkeiten und wenig Vertrauen in echte Aussagen. Wir denken, dass wir einander besser zuhören sollten. Es geht um eine generelle Haltung, um ein tiefergehendes Interesse an

gesellschaftlicher Veränderung. Und das manifestiert sich weder in einem Aufnäher, noch in unserer Handlung an einem speziellen Tag, sondern in unserer Grundeinstellung und unserer Bereitschaft zu einem solidarischen Umgang miteinander, unabhängig von ästhetischen Vorlieben, der Fragen erlaubt und Fehler oder Unwissenheit verzeiht.

Unsere Erfahrung ist, dass Angst und Abgrenzung in der feministischen und queere feministischen Szene sehr präsent sind. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass gewaltvolle Ausgrenzung von Menschen stattfindet, die anders sind, als die Norm es vorsieht. Das macht wütend. Auch dagegen muss sich Feminismus richten.

Wir nehmen vielfach eine Angst vor der Begegnung mit der "Mainstream-Gesellschaft" und dem "Nicht-verstanden werden" wahr. Zugleich wird dieses Nicht-verstanden-werden zu einem "Nicht-Verstanden-werden-Wollen" und das Dasein als Aussenseiter*in als politischer Akt gesehen, der schon allein ausreicht, um das heteronormative Patriarchat zu unterwandern. Daraus resultiert reine Identitätspolitik. Wir bezweifeln, dass so Gesellschaft verändert werden kann.

Wir können nicht dabei stehen bleiben, dass wir uns von "den Mainstream-Menschen" abgrenzen und dadurch empowern, dass wir es belächeln, wenn Menschen nur mit einer binären Pronomennutzung vertraut sind. Das stärkt das Selbstbewusstsein - was völlig ok ist - aber es darf nicht zu einem moralischen Erheben über Menschen, die noch nie von gender gehört haben, die irritiert sind oder einfach nur verunsichert führen.

Abgrenzendes Verhalten ist oft gepaart mit einer Arroganz gegenüber älteren feministischen Generationen, weil sie nicht queer genug sind, zu verstaubt und die "neuen" Feminist*innen es einfach besser

verstanden haben. Alles soll dekonstruiert werden - auch die feministischen Traditionslinien. Und zugleich eine Arroganz gegenüber (jungen) Feminist*innen, die nicht der Szene-Norm entsprechen oder sich gerade erst feministische Ideen aneignen. Lernprozesse (auch bei uns, denn wir müssen noch viel lernen!) werden nicht stattfinden, wenn wir konsequent verhindern, dass sie einsetzen, indem wir arrogant, besserwisserisch und vermeintlich radikal definieren, wer zum Kreis der "echten" Feminist*innen gehört. Damit meinen wir keineswegs, dass eine Feminist*in immer die Pflicht hat, sich oder den Feminismus zu erklären. Es ist völlig legitim und auch eine Form von Selbstschutz, dies zu verweigern. Wir glauben aber, dass wir hinterfragen müssen, WIE wir das verweigern und dass dies vor allem nicht als politischer Akt an sich verstanden werden darf.

Die Frage nach der eigenen Positioniertheit und den eigenen Privilegien ist in großen Teilen der (queer-)feministischen Szene sehr relevant und wir haben zu der diesbezüglich stattfindenden Debatte keinen abschliessenden Standpunkt. Der Blick auf verschiedene ineinandergreifende Unterdrückungsverhältnisse und das Aufdecken der eigenen Verwicklung darin, ist eine wichtige Errungenschaft von Feminist*innen, die von der bürgerlichen, weissen Frauenbewegung ausgeschlossen oder vereinnahmt wurden. Es ist gut, wenn wir verstehen, dass wir nicht alle über die gleichen Voraussetzungen verfügen und dies in unsere politische Arbeit miteinbeziehen.

Dazu gehört auch die Frage nach der eigenen Positioniertheit und eigenen Privilegien, also weissen, cis-weiblich, abled-bodied...

Allerdings erleben wir, dass der ständige "Privilegiencheck" zu einer ängstlichen Stimmung führt: "Darf ich das überhaupt

sagen?", so dass Fragen gar nicht erst gestellt werden und folglich keine Diskussionen entstehen.

"[D]adurch steht im Zentrum der Aussage nicht mehr, welche Überzeugungen eine Person hat, wo sie hin will, welchen Bruch sie mit den Verhältnissen anstrebt. Nein, im Zentrum steht jetzt, wo eine Person herkommt, mit der Konsequenz, dass soziale Konstrukte wie 'Mann', 'Migrantin', 'Inhaberin eines deutschen Passes' etc. verstärkt und nicht etwa in Frage gestellt werden[...]" (<https://afrique-europe-interact.net/737-0-presse-nobordercamp.html>)

So wird auch die ehrliche und wichtige Kritik an bestimmten Verhaltensweisen verunmöglicht. Denn Feminismus bedeutet durchaus auch, ehrlich miteinander zu sein, sich zu kritisieren und voneinander zu lernen.

PUH – UND JETZT?

Auch wenn wir uns kritisieren, dann muss immer der Blick auf die Gemeinsamkeiten im Fokus bleiben. Wir sehen uns als Teil einer feministischen Bewegung, die aufgrund ihrer globalen Ausmaße, Einwirkungen und Auswirkungen weit verstanden werden muss.

Wir können es uns also nicht erlauben "unter uns" zu bleiben. Die aktuellen Ereignisse in den USA, genauso wie die hier stattfindenden politischen Entwicklungen zeigen uns das in aller Brutalität. Wir müssen uns rechten und neoliberalen Akteur*innen und Institutionen klar und gemeinsam entgegenstellen.

Feminismus ist immer auch Gegen-Bewegung. Wir meinen aber: Mit einem diffusen "Gegen die Gesellschaft"-Unbehagen, das dazu führt in der eigenen Szene zu verharren und in Identitätspolitik mündet, können wir das kapitalistische

Patriarchat nicht überwinden. Wir wollen auch Für-Bewegung sein. Denn Feminismus bedeutet kollektive Formen von Leben, Denken und (politisch) Arbeiten zu finden, um Alternativen zu den patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse zu formen.

Wir verbleiben auch am Ende des Textes mit vielen Unsicherheiten und Fragen, auf die wir keine Antworten haben. Um aber wenigstens ein wenig konkret zu werden, wollen wir kurz einige Ideen vorstellen, die wir in Bezug auf feministische Arbeit in Münster haben. (Klar ist dabei: einfach und schnell geht es nicht..)

WAS HALTET IHR ZUM BEISPIEL VON:

- **Möglichkeiten eröffnen:** Welche (potenziellen) feministischen Akteur*innen gibt es in Münster, die bisher kaum Beachtung finden? Wir denken da etwa an Einrichtungen wie das autonome Frauenhaus etc.

- **Kennenlernen:** dahin gehen, wo wir uns nicht immer aufhalten und Menschen treffen, die nicht zu unserem gewohnten Umfeld gehören

- **Organisieren:** Feminist*innen in Münster zusammenbringen und mögliche Formen der Organisation und Praxis suchen, Plattformen finden

- **Eingreifen:** Der nächste 1000-Kreuze-Marsch kommt bestimmt und wir sollten (strategisch) vorbereitet sein

- **Diskutieren:** Was kann und was soll Awarenessarbeit leisten?

- **Analysieren:** Verstehen wie und wo Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in Münster wirken und Lebensrealitäten prägen

- **Kritisieren:** Texte schreiben, Debatten führen

- **Aufhören** wissend zu nicken und Fragen zulassen: Einfach mal ehrlich zugeben, dass wir auch nicht alles checken und dass viele Konzepte, mit denen wir um uns schmeißen, verdammt nebulös sind.

- **Aufeinander achten**

- **Zusammen lachen und feiern**

LASST UNS HANDELN!

Zur Strategiediskussion in Münster, November 2016

Um Hilfe zu verweigern ist Gewalt nötig.
Um Hilfe zu erlangen ist auch Gewalt nötig.
Solange Gewalt herrscht, kann Hilfe verweigert werden.
Wenn keine Gewalt mehr herrscht, ist keine Hilfe mehr nötig.
Also sollt ihr nicht Hilfe verlangen, sondern die Hilfe abschaffen.
Hilfe und Gewalt geben ein Ganzes.
Und das Ganze muß verändert werden.

(B. Brecht, Badener Lehrstück vom Einverständnis)

Bevor wir die Situation der radikalen Linken in Münster kommentieren, wollen wir uns erst einmal vorstellen. Wie wir uns organisieren, bestimmt unseren Politikstil, unsere Perspektive auf die Lage in Münster und nicht zuletzt die Art und Weise in der wir zu politischen Subjekten werden. Vor fünf Jahren haben wir uns ganz bewusst als Ortsgruppe der bereits existierenden interventionistischen Linken zusammengefunden. In der interventionistischen Linken sind Gruppen und Einzelpersonen aus unterschiedlichen Generationen und linken Traditionen organisiert. Das spiegelt sich auch in unserer Gruppe wieder und verschafft uns einen ganz guten Überblick über die letzten paar Jahrzehnte linker Politik in Münster. Als iL bemühen wir uns in Münster und überregional um eine radikale linke Praxis, die sich in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einmischt. Beispiele dafür sind große Proteste, wie Blockaden des G7 Gipfels in Heiligendamm, Blockupy und Ende Gelände, aber auch die vielen kleinen, oft weniger sichtbaren, Kämpfe der

einzelnen iL-Gruppen, wie unser Beitrag zum Bürgerbegehren zum freien Sonntag. Man sieht es dieser Aufzählung schon an, dass wir selten allein agieren. In die Gesellschaft zu intervenieren bedeutet für uns, dass wir uns auch mit anderen Gruppen zusammenschließen, wenn wir ein gemeinsames Ziel verfolgen können.

Linksradikal zu intervenieren, ist das nicht ein Widerspruch in sich? Besteht nicht genau darin die Gefahr, radikale linke Positionen aufzugeben oder zumindest zu verwischen und unkenntlich zu werden? Diese Befürchtung hat schon viele politische Gruppen in der Marginalität verschwinden oder im Reformismus aufgehen lassen. Und doch ist genau das der Punkt, auf den es ankommt. Radikal links zu sein und politisch zu handeln ist das Wissen darum und die Kunst, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Dreh- und Angelpunkt politischer Praxis werden zu lassen. Es gibt keine gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, keine Herrschafts-,

Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, die losgelöst analysiert und bekämpft werden könnten. Und es gibt unseres Erachtens nach auch keinen Raum, in dem sich die Auflösung dieser Verhältnisse isoliert vorwegnehmen lässt. Die Stärke einer linken politischen Bewegung zeigt sich nicht in vielen kleinen Blasen „alternativer“ Praxis- und Diskursformen, sondern in ihrer Fähigkeit, das Ganze zum Bezugspunkt zu machen – und dennoch oder gerade deshalb auch in Bündnisse zu gehen, ohne diesen Bezugspunkt aufzugeben, mit anderen zusammen zu kämpfen, an den vielen Orten, an denen sich diese Kämpfe ereignen und so im besten Sinne des Wortes in die gesellschaftlichen Verhältnisse hinein zu intervenieren. Und natürlich gilt noch immer der marxsche Kategorische Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Von einer Gesellschaft zu träumen, in der Hilfe und Gewalt nicht mehr notwendig sind, über sie zu sprechen, zu diskutieren, für sie zu kämpfen, ist kein aussichtsloser Traum, der von den Predigern der Alternativlosigkeit weggewischt werden könnte, sondern eine wirkliche Kraft, gegen die organisierte Traurigkeit des neoliberalen Kapitalismus ein anderes Ganzes zur Realität werden zu lassen.

Welche Form der Organisation könnte sinnvoll sein, um in diesem Sinne Handlungsfähig zu werden? Wir sind der Überzeugung, dass sich diese Frage nicht unabhängig von politischen Inhalten, Aktionen oder Kampagnen (quasi am Reißbrett) diskutieren lässt. Uns darüber auszutauschen, wie politische Gruppen funktionieren und welche Inhalte sie bearbeiten ist nicht unwichtig, doch um zu begreifen, was Organisation meint, müssen

wir zusammenarbeiten, dort hingehen, wo wir intervenieren wollen und diesen gemeinsamen Kampf führen. Für die münsteraner Ebene könnte das bedeuten, dass Themen und Ziele zusammen (z.B. in Bündnissen) entwickelt werden und dass es verbindliche Verabredungen in Bezug auf die gemeinsame Praxis gibt. Auf diese Weise werden Entscheidungsprozesse, Inhalte usw. (in erster Linie für die Beteiligten) transparent und wir können herausfinden, welche Formen der Politik uns weiterbringen. Hierin liegt wahrscheinlich die größte Herausforderung für die uns in Münster: das immer wieder hervorgehobene Sicherheitsbedürfnis der Kleingruppen zugunsten gemeinsamer Prozesse ins richtige Verhältnis zu setzen. Die Art und Weise der gemeinsamen Prozesse hängt natürlich auch von den Akteur_innen ab, mit denen zusammengearbeitet werden soll. Auch hier gilt es, den Blick zu weiten und Kooperationen nicht von habituellen Codes, sondern von inhaltlichen Positionen in Bezug auf das potentielle gemeinsame Ziel hin abhängig zu machen. Öfter erleben wir eine Skepsis gegenüber Gruppen oder Personen, die nicht den Szenecodes entsprechen oder auf Grund ihrer Parteinähe aus dem „Raster fallen“. Dieses Misstrauen halten wir für eine radikale Linke, die die gesellschaftlichen Verhältnissen zum Dreh- und Angelpunkt machen will, für nicht produktiv, denn sie verstärkt die eigene Marginalität statt sie (und eben diese gesellschaftlichen Verhältnisse!) zu überwinden.

Wer braucht eine radikale Linke, die niemand sieht, hört und die sich nicht zeigt und so nichts sagen kann?

Lasst uns reden...
lasst uns handeln.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die Freie ArbeiterInnen Union (FAU-IAA) ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft. Sie basiert auf der Selbstorganisation von Arbeiter*innen mit dem Ziel einer herrschaftsfreien, auf Selbstverwaltung begründeten Gesellschaft. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee.

In unserer Prinzipienklärung heißt es:

„Die Mitglieder der FAU setzen sich gemeinsam für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Dies geschieht insbesondere durch Arbeitskämpfe und Betriebsarbeit sowie durch Kultur- und Bildungsarbeit, Solidarität und gegenseitige Hilfe im Alltag.“

Wir setzen uns für die Überwindung des Kapitalismus ein – selbstverständlich aber auch gegen alle anderen Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung sowie religiöse Dogmen. Wir sind eine Gewerkschaft für alle direkt und indirekt von Lohnarbeit Abhängigen (z.B. also auch Rentner*innen, Arbeitslose, Studierende etc.)

Im Austausch mit Syndikaten in anderen Städten und auf internationaler Ebene suchen wir Wege, unsere konkreten Lebensbedingungen zu verbessern. Das erste Mittel der Wahl ist die „Direkte Aktion“ (im Gegensatz einerseits zu symbolischen Aktionen und andererseits zu Stellvertretungsstrukturen). Aktionsformen werden jedoch immer von den Betroffenen selbst entschieden und von Aktion zu Aktion neu entschieden.

Da wir im Kapitalismus ein großes Hindernis für individuelle Selbstbestimmung sehen, ist es für uns eine Notwendigkeit ihn zu überwinden. Kapitalismuskritik heißt für uns, nicht nur konkrete Unternehmen anzugreifen, sondern den Kapitalismus als ein Produkt der Menschheitsgeschichte zu sehen. Sie ist somit eine Kritik, die die Gesellschaft an sich thematisieren muss. Das schließt auch staatliche Institutionen ein, die ebenfalls kein

Ort emanzipatorischer Politik sein können. Dabei lehnen wir politische Reformen nicht ab, sofern sie reale Verbesserungen für den Menschen beinhalten.

An Stelle des Kapitalismus soll ein selbstverwaltetes Gesellschaftsmodell treten; dieses gilt es im alltäglichen Kampf zu entwickeln. Dazu ist es wichtig, sich ständig im Austausch untereinander zu befinden, Wissen und andere Kompetenzen weiterzugeben. Was können wir zusammen in Münster (und anderswo) dazu tun? Nur einige wenige Gedanken hierzu:

* Kapitalismuskritik ohne Feinbilder! Unsere Kritik so vermitteln, dass sie einerseits möglichst vielen Menschen verständlich ist, andererseits ohne populistische Personalisierungen und Verkürzungen daherkommt. Die gemeinsame Erfahrung von Ausbeutung und Gängelung bei der Lohnarbeit ist hier ein wichtiger Ausgangspunkt.

* Anarchistische Ideen und unsere Praxis der Direkten Aktion wieder als selbstverständlichen Teil des gesellschaftlichen Spektrums sichtbar machen: In Kämpfen um beispielsweise

Arbeitsbedingungen, Wohnraum oder Bleiberecht solidarisch auftreten – weder dogmatisch abgrenzen noch beliebig mitschwimmen, sondern unsere Vorstellungen offen vertreten.

* Zeigen, dass es (im Kleinen) schon ganz anders funktioniert: Kollektivistische Ansätze in Münster und anderswo stärken und vernetzen,, in die Öffentlichkeit tragen und zum Selbermachen anregen.

* Einfluss nehmen durch Bildungs- und Kulturarbeit: Diese soll zugleich Kompetenzen für den gemeinsamen Kampf vermitteln und sich gegen jegliche Form gesellschaftlicher Diskriminierung wenden.

* Zusammenarbeit über Organisationsgrenzen hinweg: Emanzipatorische und basisdemokratisch orientierte Initiativen und Menschen über Arbeitsfelder hinweg vernetzen, um voneinander zu lernen und sich zu stärken. Zwischenziel ist es, in Münster eine handlungsfähige Basisgewerkschaft aufzubauen, die in der Lage ist, Arbeitskämpfe zu führen. Diese dienen nicht nur dazu, konkrete Forderungen gegenüber Betrieben durchzusetzen – durch sie können wir (idealerweise) zugleich lernen und vermitteln, wie eine kollektive, emanzipatorische und herrschaftsfreie Praxis „von unten“ funktioniert.

Und nicht zuletzt: Gewerkschaftsarbeit in unserem Sinn ist auch antifaschistische und antirassistische Arbeit. Denn ihr Bezugspunkt sind die gemeinsamen Interessen der Ausgebeuteten weltweit. Solidarität ist unsere Waffe!

Zum Schluss eine Einladung: Am 1. März 2017 soll ein Internationaler Aktionstag zum

Thema Migration und Arbeit stattfinden. Vielleicht auch in Münster? Sonntag wollen wir darüber auf der Konferenz beraten. ...und entschuldigt die Bleiwüste! Wir wollten nur eine Seite schreiben...

EureFAUMünsterland

Info:
<http://muenster.fau.org>

...WIR MÜSSEN REDEN.

Gedanken zur Perspektive linksradikaler Politik in Münster

Den Text „Wir müssen reden“ haben wir vor über einem Jahr veröffentlicht. Wir wollten damit zu einem Diskurs in Münster über linksradikale Politik und revolutionäre Perspektiven aufrufen. Zu unserer großen Freude wurden wir Monate nach Erscheinung des Textes eingeladen, ein Teil der Vorbereitungsgruppe für die Strategiekonferenz zu sein. Auch wenn wir den Text heute sicherlich in vielen Teilen anders schreiben würden, so war er doch in Teilen ein wichtiger Bezugspunkt für die Konferenzvorbereitung und aus dem „Wir müssen reden“ wurde so das programmatische „lasst uns reden!“. Daher möchten wir unser Papier gerne hier noch einmal dokumentieren und weiterhin dazu einladen sich an den Debatten nach linksradikaler Strategie zu beteiligen. Wir freuen uns auch nachwievor über Antworten, Kritik und Ideen zu dem Papier.

„Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!“
Rosa Luxemburg

VORWORT

„Man muss eine Weile nachdenken um zu erkennen
dass man unglücklich ist, doch es lohnt sich“ - Shirley
Bassey

Unserer Meinung nach ist ein Diskurs über Perspektiven linksradikaler Politik in Münster längst überfällig. Diese Notwendigkeit resultiert aus dem derzeitigen Zustand der (radikalen) Linken in Münster, den wir hier vorsichtig als desorientiert, marginalisiert und zersplittert bezeichnen würden - was wir aber im Folgenden noch weiter ausführen werden. Dieser bedauerliche Zustand ist seit Jahren weitestgehend unverändert, ohne dass breitere Auseinandersetzungen hierüber stattfinden. Ein Ausweg kann nur mit einer Kritik der bisherigen Situation beginnen, um dann gemeinsam eine zukunftsfähige Perspektive zu entwickeln. Uns ist bewusst, dass wir mit diesem Text nicht allen Akteur*innen, die sich der radikalen Linken in Münster zuordnen, gerecht werden. Mit Sicherheit wird es Kritik geben, die auf einige Einzelpersonen oder

Gruppen nicht zutrifft. Uns geht es darum, einen allgemeinen Trend festzustellen und diesen zu kritisieren.

Auch sind wir der Meinung, dass Münster mit der Situation nicht alleine dasteht und dass es in vielen anderen Städten vermutlich ähnliche Prozesse gibt. Es soll nicht darum gehen, an Münster ein Exempel zu statuieren.

Dieser Text ist nur ein erster Schritt: Er soll als Anstoß für Diskurse und als erster Beitrag für diese verstanden werden. Wir wünschen uns, dass Gruppen, Freund*innenkreise, WG's, Projekte, Bezugsgruppen, Kollektive sowie alle weiteren Zusammenhänge diesen Text und die Problematik diskutieren, Stellungnahmen und Positionen verfassen und veröffentlichen.

EINLEITUNG

Wir sehen es für eine Analyse als notwendig an, zunächst kurz einige unserer Positionen zu linksradikaler Politik zu erläutern. Die Basis dieser ist für uns eine

antikapitalistische und herrschaftsfreie Grundhaltung. Ohne hier eine umfassende Analyse der aktuellen Verhältnisse zu liefern, gehen wir davon aus, dass Kapitalismus, mitsamt seiner Verwertungs- und Leistungslogik sämtliche Ebenen unseres Lebens durchdringt und Diskriminierungsmechanismen sowie Ausschlüsse (re-)produziert und begünstigt. Menschen werden materiellen Zwängen ausgesetzt und durch die Produktionsweise in Hierarchien und Abhängigkeitsstrukturen gedrängt. Wer daher eine herrschaftsfreie Gesellschaft als Ziel des politischen Handelns angibt, sollte sich nicht darauf beschränken, systemimmanente Phänomene und regressive Kräfte zu bekämpfen, sondern sich gleichzeitig zu diesen Abwehrkämpfen auch in der Praxis immer mit einer Perspektive jenseits des Kapitalismus und weiteren Herrschaftsstrukturen auseinandersetzen. Weiterhin halten wir es für notwendig, linksradikale Politik fernab von parlamentarischen und staatlichen Strukturen zu organisieren, da Staaten dazu da sind, Herrschaft auszuüben und im kapitalistischen System als Grundlage und Werkzeuge von diesem funktionieren. Der Staat existiert nur in einem Netz gesellschaftlicher Verhältnisse¹, weswegen für eine Revolution ein Angriff sowohl auf Kapitalismus als auch den Staat erforderlich ist².

FÜR EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE

„Revolution ist nicht eine Sache von Tagen, wo geschossen wird und Auseinandersetzungen stattfinden. Revolution ist ein langer, langandauernder Marsch und Prozess um die Schaffung von neuen Menschen, die fähig sind, nicht eine Clique durch eine andere zu ersetzen nach der Revolution, sondern massenhaft demokratisierend von unten bewusste

Produzentendemokratie entgegenzusetzen
bürokratischer Herrschaft von oben“ - Rudi Dutschke

In Münster wird wenig über das Thema Revolution geredet. Es wird sich zwar mit revolutionären Bewegungen beschäftigt, Gedanken zu einer Perspektive in Münster selbst, finden sich jedoch nur sehr selten. Dabei sollte eine Überwindung der aktuellen Gesellschaftsordnung zwischen kapitalistischen Zwängen und einengenden staatlichen Strukturen ganz klar das Ziel linksradikaler Politik sein. Dies ist nicht ohne Revolution zu machen: Kapitalismus ist nicht reformierbar.

Der erste Schritt für eine revolutionäre Perspektive ist die Einsicht in die Notwendigkeit dieser. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, über Hungersnöte, Umweltzerstörungen, sozialen Kahlschlag oder tote Flüchtlinge im Mittelmeer zu schreiben, da wir davon ausgehen, dass die Leser*innenschaft an die wir uns richten mit uns den Standpunkt teilt, dass ein Wandel der gesellschaftlichen Organisation dringend erforderlich ist. Die Unmöglichkeit, den Kapitalismus zu einer bedürfnisorientierten Struktur zu biegen, ergibt für uns ganz klar die Notwendigkeit einer radikalen [v. lat.: radix = „Wurzel“, „Ursprung“] Umgestaltung; einer Revolution.

Es gibt viele verschiedene Lesarten des mythischen Wortes Revolution, wie es auch verschiedene Revolutionen gab. Deswegen halten wir es für wichtig, unser Verständnis hier zu erklären:

Für uns ist Revolution ein langer Prozess, mit dem wir uns dem „schönen Leben“ in einer befreiten Gesellschaft nähern wollen - es ist keine Abkürzung mit der wir in wenigen Wochen im „Paradies“ landen werden. Da unser Bewusstsein vom Sein³ bestimmt wird, können wir nicht genau wissen, wie eine befreite Gesellschaft aussehen wird. Aus

diesem Grund muss der Prozess der Revolution ständig reflektiert werden. Es kann deshalb auch kein Ende einer Revolution geben – wir wünschen uns vielmehr eine revolutionäre Gesellschaft. Die zapatistische Bewegung beschreibt dies mit dem Satz: „Fragend schreiten wir voran“.

ZUR SITUATION DER LINKEN IN MÜNSTER

In Münster fehlt es - trotz einer verhältnismäßig personenstarken Linken bisher an jeglicher revolutionärer Perspektive. Zwar gibt es in einigen Strukturen einen formulierten revolutionären Anspruch, doch auch jene, die ihn formulieren, werden diesem Anspruch in ihrer politischen Praxis selten gerecht.

Anstatt Kämpfe zu führen, die die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse zum Ziel haben, arbeitet die radikale Linke dieser Stadt in Kleingruppen mit eigenen Themenschwerpunkten. Die Kämpfe in dem jeweiligen Themengebiet werden jedoch selten als gemeinsame Kämpfe gegen die bestehenden Gesamtverhältnisse praktiziert und finden daher oft isoliert voneinander statt. Dies hat zur Folge, dass unterschiedliche Strukturen meist nicht gemeinsam handeln, sondern weiterhin in kleinen Gruppenarbeiten, die größtenteils kaum handlungsfähig sind. Bei vielendieser Themengebiete handelt es sich um Kämpfe, die reaktionäre Kräfte in Schach halten oder auf kleinere Reformen innerhalb des Systems hinarbeiten, ohne dass die Wurzeln der Problematiken angegangen werden.

Das bedeutet, dass es oft an Radikalität fehlt, denn das Gesellschaftsmodell wird hierbei nicht angegriffen und eine Überwindung von eben diesem spielt - wenn

überhaupt - eine untergeordnete bzw. rhetorische Rolle. Einige dieser Kämpfe sind zwar verhältnismäßig erfolgreich (z.B. Anti-Nazi Arbeit in Münster), dennoch bieten sie langfristig keine revolutionäre Perspektive⁴. Wird an dieser nicht aktiv gearbeitet und so der bürgerlichen Gesellschaft eine Alternative entgegengesetzt, die in der Lage ist, kapitalistische und staatliche Strukturen abzulösen, bleibt die Funktion dieses Engagements weiterhin nur die Funktion der Feuerwehr der bürgerlichen Gesellschaft⁵.

Darüber hinaus fehlt es meistens an der Beachtung der verschiedenen gesellschaftlichen Lebensrealitäten. Wenn Kämpfe revolutionär sein wollen, müssen sie lebensstrukturierende Bereiche betreffen, da sie ansonsten an unserem Alltag vorbeiführen. Somit ist es – wenn man unsere aktuellen Kämpfe betrachtet - auch kein Wunder, dass sich keine großen Massen für das interessieren, was wir tun und zu sagen haben.

Unser aller Alltag wird von unterschiedlichen Bedürfnissen und verschiedenen Privilegien oder Diskriminierungsmechanismen strukturiert. Für nahezu alle Menschen spielt Lohnarbeit eine unangenehm wichtige Rolle, da der Arbeitslohn für die Bedürfnisbefriedigung notwendig ist. Jedoch ist der Kapitalismus nicht das alleinige Problem. Ein Umbruch, der nur diese Struktur beseitigt, ist nicht unser Ziel, da einige Statusgruppen mit weiteren Diskriminierungsmechanismen zu kämpfen haben - beispielweise aufgrund des Aufenthaltsstatus, des eigenen Geschlechts oder der Sexualität. Es ist zu beachten, dass Menschen auch von mehreren dieser Mechanismen gleichzeitig betroffen sein können und es deshalb auch innerhalb einer bestimmten Statusgruppe unterschiedliche Privilegien geben kann. Wenn wir für eine befreite Gesellschaft - und nicht nur für die Verbesserung der eigenen Lebensrealität -

kämpfen, ist es also nötig, alle Kämpfe intersektional zu führen.

In der jüngeren Vergangenheit gab es auch in Münster durchaus relevante Kämpfe um die konkrete Veränderung von Lebensrealitäten, welche von einem Großteil der Linken aber ignoriert oder überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Hier wurde die Möglichkeit verpasst, radikale Kritik zu äußern und diese in die Kämpfe und damit endlich einmal über den Dunstkreis der eigenen „Szene“ hinaus zu tragen⁶.

Zumindest Teile dieser linksradikalen Dunstkreise zeichnen sich durch eine Verslossenheit gegenüber Ihrer Umwelt aus und verbinden einen bestimmten Habitus mit politischer Arbeit. Diese homogene Struktur steht Vernetzungen und praktischer Zusammenarbeit oft im Weg. Dies wird deutlich, wenn es um Strukturen geht, die zwar ähnliche politische Vorstellungen teilen, die jedoch nicht miteinander vernetzt sind. So fehlt es beispielsweise zwischen vielen Teilen der „Szene“ an einer Verbindung mit der kurdischen Bewegung.

Dieses Verharren in den eigenen kleinen Strukturen und das fehlende Einbringen in aktuelle Kämpfe führt dazu, dass die meisten linken Gruppen in Münster, sowie ihre Positionen und Inhalte in der breiten Öffentlichkeit unsichtbar bleiben. Die Formen, die gewählt werden, um eine Außenwirkung zu erzielen, sind zur Zeit oft erfolglos. Statt eines breiten Diskurses darüber, wie und mit welchem Ziel wir eigentlich Politik machen und Inhalte in die Gesellschaft tragen, wird in der Regel unhinterfragt an alten Handlungsmustern festgehalten. Bei Aktionsformen fehlt es oft an der Frage, was oder wer damit erreicht werden soll. Viele Demonstrationen und andere Aktionen, wie sie zur Zeit durchgeführt werden, interessieren über ihre

Dauer hinweg kaum jemanden mehr, da wir nicht in der Lage sind, praktisch eine Alternative zu dem Kritisierten anzubieten.

Viele dieser Aktionen sollen die Funktion erfüllen, Öffentlichkeit für ein Thema zu schaffen, allerdings werden dabei unsere Positionen nicht fundiert vermittelt. Wir sind weit davon entfernt, gesellschaftliche Diskurse mitzubestimmen oder anzustoßen. Oft scheint es lediglich darum zu gehen, die Fronten zwischen sich und den „Bürgerlichen“ zu klären, anstatt zu versuchen, unsere Positionen allen Menschen anschlussfähig zu vermitteln. Außerdem wenden wir uns mit den Orten, an denen wir Positionen oder Informationen veröffentlichen (v.a. Internetblogs und Linksunten), nicht an eine breite Öffentlichkeit, sondern nur an diejenigen, die bereits Anknüpfungspunkte zu linksradikaler Politik haben.

Auch die Sprache, die wir hierfür nutzen, führt an den Lebensrealitäten der meisten Menschen vorbei und schließt ganz direkt einige aus, da diese vor allem akademisch und von Szenejargon geprägt ist. Wir müssen Bildungshierarchien abbauen und ermöglichen, dass sich Alle an Diskursen beteiligen können, anstatt auf universitäre Bildung zu setzen. Wer kaum Zugänge zur staatlichen Bildung hat oder sich innerhalb dieser nicht zurechtfindet, muss sich momentan häufig die vielen verschiedenen Theorien und Diskurse selbst aneignen, ohne dass hierbei wirklich Unterstützung geboten wird. Für die jeweiligen betroffenen bedeutet dies meist, dass sie einen Kampf darum führen müssen, mit den jeweiligen Auseinandersetzungen mithalten zu können. Wir brauchen offenen und barrierefreien Raum für Bildung und Diskussionen.

Wenn wir weiterhin an diesen nicht bewährten Handlungsmustern festhalten, werden wir auch in Zukunft nicht an

gesellschaftlicher Relevanz gewinnen, geschweige denn eine revolutionäre Perspektive erarbeiten können.

KAMPF AUF 3 EBENEN

Die Genoss*innen des Lower Class Magazine haben 2014 einen sehr lesenswerten Text mit dem Titel 'Wie die Welt verändern' veröffentlicht⁷. Dort wird eine 3-Ebenen-Strategie vorgeschlagen, die folgendermaßen beschrieben wird: „Erstens: Antikapitalistische Agitation und das prozesshafte Herausarbeiten einer linken gesellschaftlichen Vision. Zweitens: Selbstorganisation und kollektive Organisierung, nicht als Nischenpolitik sondern als Breschen gegen den kapitalistischen Alltag. Drittens: Eine offensive Auseinandersetzung mit rechten Krisenakteuren und ihren gesellschaftlichen Ursachen.“

Diese Strategie wollen wir hier im Folgenden als Grundlage nehmen, um uns mit einer revolutionären Perspektive zu befassen.

MIT TRÄUMEN BEGINNT DIE REALITÄT

“Gesellschaftskritik wird heute nur so gut sein, wie sie in der Lage ist, konkret die Irrationalität der Verhältnisse und ihre Überwindbarkeit plausibel zu machen.” —

...ums Ganze!⁸

In Anbetracht der Vergangenheit und der aktuellen Situation der Linken in Münster muss der erste Schritt für diese Perspektive eine gründliche Kritik der eigenen Praxis sein. Diese muss gruppen- und sceneübergreifend in einem breiten Diskurs stattfinden. Desweiteren halten wir es für wichtig, an einer gemeinsamen Vision von einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu

arbeiten. Der Diskurs hierüber sollte nicht über Label geführt werden, sondern jene Vision mit konkreten Inhalten füllen. Hierfür ist es sinnvoll, sich mit Erfahrungen aus Alternativmodellen (wie sie in Chiapas oder Rojava gelebt werden) auseinanderzusetzen, ohne aber krampfhaft diese Strukturen auf unsere Gesellschaft übertragen zu wollen. Solch eine gemeinsame Vision kann auf der einen Seite nach innen Kraft geben, auf der anderen Seite können so die bestehenden Verhältnisse mit einer fundierten Alternative in der Hinterhand kritisiert werden. Eine ernsthafte Gesellschaftskritik muss dringend wieder auf die Agenda der Linken in Münster gesetzt werden. Hierbei reicht es nicht, die Kritik für sich selbst zu formulieren, sondern es müssen Mittel und Wege gefunden werden, diese in die breite Öffentlichkeit sowie in bestehende Kämpfe zu transportieren.

SCHAFFT ZWEI, DREI, VIELE KOLLEKTIVE...

Das Fundament dieser Vision besteht für uns aus Selbstorganisation und Basisdemokratie. Es sollte darum gehen, eigene Strukturen aufzubauen, die nach diesen Prinzipien funktionieren. Dafür ist es nötig, sich derartige Strukturen in allen Lebensbereichen zu erkämpfen, diese zu vernetzen und je nach Möglichkeit zu unterstützen.

Eine wichtige Rolle hierbei spielt es, sich den Bereich der Arbeit wieder anzueignen. Durch Arbeitskollektive wird ganz direkt die kapitalistische Form der Arbeit abgelehnt und versucht, diese nicht profitorientiert, sondern bestmöglich nach den Interessen der Arbeitenden zu organisieren.

Soziale Zentren können offene Orte der Begegnung und des Austausches sein, in denen Menschen ohne Konsumzwang

zusammenkommen und eigene Entscheidungs- und Organisationsstrukturen schaffen können, die ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Durch das kollektive Aneignen von Wohnraum kann es möglich sein, diesen langfristig dem Markt zu entziehen, und – wie auch in den anderen Bereichen – Ressourcen gemeinsam zu nutzen sowie sich auch zwischenmenschlich zu unterstützen. Kollektive Strukturen können so Menschen langfristig sowohl Sicherheit als auch mehr Freiheiten gewährleisten.

Dies ist die einzige Möglichkeit, auch unseren eigenen Alltag als Teil eines politischen Kampfes zu verstehen und diesen mitsamt allen Schwierigkeiten, seien sie nun ökonomischer oder emotionaler Art, gemeinsam zu tragen – und nicht mehr nur einer Hobbypolitik nachzugehen.

Bei der Gründung von Kollektiven ist es jedoch wichtig, dass eine enge Vernetzung und Kooperation stattfindet. Das Lower Class Magazin spricht hier vom Einrichten von Institutionen. Solche Räte/Institutionen sind eine Instanz, in denen sich die jeweiligen Projekte organisieren, um gemeinsam zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Es ergibt sich so die Möglichkeit der bedarfsorientierten Koordination sowie der gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Initiativen: Sollte z.B. für ein Kollektiv, welches Aufstriche herstellt, eine Kinderbetreuung für die Kinder der Arbeitenden notwendig sein, so gibt es dort die Möglichkeit, diese Betreuung gemeinsam zu organisieren. Für den Fall, dass es in einem Kollektiv einen Konflikt zwischen Personen (oder auch Konflikte zwischen Kollektiven) gibt, bei dem eine Vermittlung benötigt wird, kann ein Rat diese einrichten. Es kann geschaut werden, wo es noch Bedarf nach einem Fahrradladen oder einem

Stadtteilzentrum oder einer Kita gibt und bei der Realisierung dieser unterstützt werden. Auch bei ökonomischen Problemen kann ein gemeinsamer Umgang damit geschaffen werden.

Ohne solche Räte aber bleiben all diese Prozesse willkürlich und eine gemeinsame Handlungsstrategie unmöglich. Es braucht eine gemeinsame Vernetzung, um kapitalistische und staatliche Strukturen abzulösen und eine Alternative zu schaffen, die nicht nur für einige Wenige, sondern auch für den Großteil der Bevölkerung attraktiv erscheint⁹.

Gerade in Zeiten kapitalistischer Krisen und allgemeiner Unsicherheit kann so eine praktische und solidarische Alternative aufgezeigt werden, anstatt regressiven Kräften (wie AfD, Pegida und Co.) die Antworten auf die Krise zu überlassen.

„Das klingt müßig? Die Alternative dazu wäre, die nächsten 30 Jahre Antifa-Politik zu betreiben und einmal im Jahr in Frankfurt die EZB zu blockieren oder zum 1. Mai die Weltrevolution auszurufen. Ohne Basisorganisation und konkrete Schritte wird beides erfolglos bleiben.“ - lowerclassmag: Wie die Welt verändern?

WER EINEN NAZI SIEHT, MUSS IHN BOXEN¹⁰

Nichtsdestotrotz bleiben als letzte Ebene Abwehrkämpfe angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Stimmung notwendig. Diese müssen aber auch als solche begriffen werden, um nicht die Illusion zu erzeugen, dass sich hieraus eine Revolution ergeben kann. Langfristig kann eine Agitation gegen rechte Krisenakteure nur erfolgreich sein, wenn diesen eine praktische Alternative entgegengesetzt wird¹¹. Solche Akteure haben sich in Münster noch nicht gefestigt bzw. ist die Krise hier (noch) kaum spürbar.

Daher wäre es gerade jetzt an der Zeit, sich dem Aufbau eigener Strukturen zu widmen, um im Falle eines Erstarkens regressiver Kräfte zuerst „da zu sein“ und ihnen von vornherein Raum zu nehmen.

WIE WEITER?

Wir möchten diese Handlungsoption der 3-Ebenen-Strategie gerne breit in Münster diskutieren.

Daraus sollte sich eine umfangreiche und konstruktive Kritik an den eigenen Strukturen ergeben, worauf eine zukünftige Theorie und Praxis in Münster aufbauen kann. In diesem Zusammenhang müssen wir auch unsere Aktionsformen prüfen und unsere Organisationsstruktur hinterfragen, vielleicht sogar über eine Reorganisation nachdenken.

Der Erfolg von diesem Diskurs hängt maßgeblich von einer breiten Beteiligung ab, sowie der Bereitschaft, sich Kritik zu stellen und sich von dem Bestehenden zu lösen. Überwinden wir gemeinsam die Isolation der radikalen Linken und verlassen unsere Defensivhaltung.

Für die soziale Revolution.

Berxwedan Jiyane - Leben heißt Widerstand.

"Wir müssen die Welt nicht erobern, es reicht uns, sie neu zu erschaffen"
- Subcommandant Marcos

1) Das der "Staat nur als Knoten in einem Netz gesellschaftlicher Verhältnisse existiert", erklärt John Holloway in seinem Buch 'Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, 2002, Münster

2) Weitere Gründe und eine umfassende Kritik linker Parteipolitik liefert der Artikel „Wie die Welt verändern?“ im lower class magazine (s. Literaturverzeichnis)

3) "Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt", aus 'Zur Kritik der politischen Ökonomie', 1859, Karl Marx

4) Wir wollen diesen Abwehrkämpfen hier nicht ihre Berechtigung absprechen, und halten diese auch weiterhin für richtig und wichtig. Vor dem Hintergrund der Analyse auf eine revolutionäre Perspektive sollten diese Kämpfe aber auch als solche benannt und richtig eingeordnet werden, um nicht die Illusion zu erzeugen, dass diese „die Revolution“ herbeiführen.

5) Dass die Arbeit der radikalen Linken (nicht nur in Münster) seit Jahren maßgeblich diese Funktion erfüllt, sehen wir, wenn aktuell wieder (wie bereits vor 24 Jahren) rassistische Mobs vor Flüchtlingsunterkünften zusammenkommen. Eine linke Intervention muss früher ansetzen und den Menschen eine ernstzunehmende Alternative anbieten)

6) z.B.: der Kita Streik + Großdemo im Mai 2015; der GDL Streik ab 2014; der Hungerstreik von Pascal Thüer vor dem Jobcenter für Bürokratieabbau im Jobcenter; das Recht-auf-Stadt-Bündnis, welches nicht komplett ignoriert wurde, bei dem es aber an einer breiten Beteiligung linksradikaler Gruppen fehlte und welches schließlich seine Arbeit einstellte; der Protest um die Abschiebungen aus der Wartburgschule, bei dem sich zwar auch linksradikale Gruppen beteiligten, es aber versäumt wurde, eine eigene radikale Kritik einzubringen

7) "Wie die Welt verändern?", Von John Mallory & Juan Miranda, 22.12.2014, Veröffentlicht im 'Lower Class Magazine' am 07.01.2015

8) Aus "M18: Nicht zynisch werden – Neues Jahrhundert, neuer Anlauf" von '...ums Ganze!' vom 18.7.2015

[9](#) „So lange es nicht ganz unrealistisch scheint, dass es im Fall des Aufstandes keine Pizzen mehr in den Tiefkühltruhen geben wird, weil nicht nur die Logistik der Macht, sondern auch die der Tiefkühlpizzen zusammenbricht, wird die Mehrheit der Menschen aus durchaus nachvollziehbaren Gründen nicht mitmachen“ - umsGanze: Nicht zynisch werden

[10](#) So lautet die dritte Regel des Boxclubs aus dem Buch „Das Känguru-Manifest“ von Marc-Uwe Kling, August 2011

[11](#) „Rechte Krisenakteure und -ideologien konfrontativ anzugehen, ist bitter nötig. Entscheidend ist aber das Wie. Die Antifa-Strategie des Aufklärens, Skandalisierens und Isolierens funktioniert nicht mehr. Nicht nur, weil die wenigsten unter das Klischee „gewaltbereiter Hitlerfan“ fallen. Zum Isolieren sind es auch einfach zu viele, denn rechte Denkweisen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft fest verankert. Auch klassische Bündnispolitik stößt bei PEGIDA und co. hier an ihre Grenzen. Wie soll glaubhaft mit den Grünen und der SPD im breiten Bündnis gegen Rassismus agiert werden, wenn diese gerade Gesetze zur Abschiebung von Sinti und Roma nach Ex-Jugoslawien durchgewunken haben? Wer den rechten das Wasser abgraben will, muss die nationalistischen, sozialchauvinistischen, rassistischen und sexistischen Ideen angreifen, auf denen ihre Gesellschaftsentwürfe fußen und ihnen eigene Ideen, wie es besser sein könnte, entgegen stellen.“ - lowerclassmagazine: Wie die Welt verändern?

RAUM FÜR NOTIZEN

The page features a large grid area for taking notes. A vertical dotted line is positioned on the left side of the grid. Four circular punch holes are located along this dotted line, spaced vertically. The grid itself is composed of small squares, providing a structured space for writing.

RAUM FÜR NOTIZEN

A large grid area for taking notes, with a vertical dotted line on the left side and four punch holes.

KONTAKT

strategiekonferenz@systemli.org

lasstunsreden.blogspot.eu